Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 91 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Dienstag, 19. April 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

„Gazetta del Popolo" über Reichspräsident von Hindenburg

Die weit verbreitete und angesehene Turiner Zeitung „Gazetta del Popolo" widmet der „menschlich und geschichtlich alles überragenden Gestalt" des wiedergewählten Reichspräsidenten von Hindenburg eine außerordentlich sympathisch gehaltene Korrespondenz aus Rom.

Hindenburg ist, so wird darin ausgeführt, in jeder Hinsicht das Symbol Deutschlands, das alle Stürme überlebt, das zuversichtlich den Blick in die Zukunft gerichtet, allen Gewalten zum Trotz fest auf den Beinen bleibt. Mögen die Geister durch das über das Vaterland hereingebrochene Unglück, durch wirtschaftliche Not oder Wahlkämpfe noch so verbittert sein, Hindenburg ist ruhig, gefaßt und stark für alle und jeden. Unbeeinflußt von rechts oder links hat er sofort nach seiner Wiederwahl einen Mahnruf zur Eintracht erlassen, um allen Deutschen zu versichern, daß sie, fest in Eintracht zusammenstehend, die Schwierigkeiten, mögen sie noch so groß sein, überwinden werden. Hindenburg ist fürwahr ein Mensch höherer Art, einer von den Männern, die die Vorsehung den Völkern zu ihrer Rettung sendet.

Rückschauend auf die Verdienste Hindenburgs in und nach dem Kriege, bemerkt das Blatt weiter: Deutschland wurde zwar besiegt, aber seine Heere sind nicht geschlagen worden. Das ist eine Wahrheit, die anerkannt werden muß. Als der Widerstand nur noch nutzlose Opfer an weiteren Menschen bedeutete, mußte Hindenburg den Rückgang anordnen. Nicht aber etwa, weil er geschlagen worden, oder gar weil die Front seiner Heere zusammengebrochen gewesen wäre. So ist Hindenburg aus dem furchtbaren Ringen mit dem vollen Glanz aller seiner Siege hervorgegangen, der durch das unglückliche Ende des Krieges nicht verdunkelt werden konnte.

Zum Schluß erinnert das Blatt an die Haltung Hindenburgs in seiner ersten Amtszeit als Reichspräsident und schreibt:

Als Haupt der Nation hat Hindenburg Takt, Umsicht, geschulte Erfahrung bewiesen, indem er jede plötzliche Wendung unterließ, die zur Ueberstürzung der Lage hätte führen können. So hat man ihm in Italien zu jeder Zeit die gleiche Hochachtung entgegengebracht, in der unmittelbaren Nachkriegszeit wie später, als er sich zum erstenmal zur Wahl zur Verfügung stellte, und wie heute. Wenn die italienische Presse, die im Gegensatz zu den anderen Ländern nicht an den innerpolitischen Kämpfen in Deutschland teilnimmt, besondere Sympathien hat, so bringt sie dies stets nach erfolgter Wahl zum Ausdruck. Auf jeden Fall hat sie auch im letzten Wahlgang nur Worte tiefer und verdienter Hochachtung für Hindenburg gehabt.

Die Verhandlungen in Genf

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz

hat Montag vormittag seine Beratungen über Artikel 1 des Konventionsentwurfes fortgesetzt und zwar durch eine Aussprache über die

Frage, ob das Konferenzziel in einer einzigen Konferenz erreicht oder in Etappen verwirklicht werden soll.

Der Präsident Henderson erklärte, daß bei dieser Gelegenheit auch der deutsche Antrag über den Grundsatz der Rüstungsherabsetzung auf ein möglichst niedriges Niveau erörtert werden könne.

Als erster Redner ergriff der deutsche Vertreter,

Botschafter von Nadolny

das Wort, um die erwähnte Forderung Deutschlands einer

effektiven Herabsetzung der Rüstungen auf einen möglichst niedrigen Stand

ausführlich zu begründen. Botschafter Nadolny erklärte, daß in den deutschen Vorschlägen die Methoden zur wirksamen Erreichung dieses niedrigsten Standes aufgezeigt worden seien. Deutschland gehe davon aus, daß ein wirksamer entscheidender Schritt in Richtung in der Abrüstung gemacht werden müsse. Eine unbedeutende oder nur scheinbare Abrüstung oder eine

Stabilisierung der Rüstungen bei dem jetzigen Stande könnte in keiner Weise als Erfüllung der Konferenzaufgabe betrachtet werden.

Schon die schwere Finanzkrise, unter der alle leiden, müßte an sich ein ausreichender Grund sein für eine möglichst weitgehende Herabsetzung des allgemeinen Rüstungsstandes.

Deutschland würde es auf alle Fälle vorziehen, wenn die Konferenz sich einigen könnte, um ihr Ziel in einem Zuge zu erreichen. Im anderen Falle wäre es jedenfalls notwendig, nicht nur die erste Etappe, sondern auch die folgende sowie das Endziel festzusetzen. Doch die Zeiträume müßten so klein wie möglich sein und vor allem müßte schon die erste Etappe eine beträchtliche Herabsetzung bringen.

Botschafter von Nadolny erwähnte

die deutsche Abrüstung als Beispiel dafür, bis zu welchem Grade man in kurzer Zeit abrüsten könne.

Im Hinblick auf die in der letzten Woche insbesondere von persischer Seite gemachten Vorbehalte wegen des jetzt schon ungenügenden Rüstungsstandes gewisser Länder erklärte der deutsche Vertreter, daß eine mechanische Herabsetzung und ein Verzicht auf das in Artikel 8 der Völkerbundssatzung vorgesehene Mindestmaß natürlich nicht in Frage kommt. Deshalb könne

Deutschland auch das rein mechanische Reduktionsprinzip der russischen Vorschläge nicht annehmen.

Der russische Grundgedanke, daß die stark gerüsteten Staaten stärker abrüsten müßten als die schwachen, sei aber vollkommen richtig, und es würde sich empfehlen, zur Verwirklichung dieses Grundsatzes die russischen und die türkischen Vorschläge zu verbinden.

Ein tschechoslowakischer Entschließungsentwurf

Nach der Rede des deutschen Vertreters legte der tschechoslowakische Delegierte Vierlinger gleichzeitig im Namen der belgischen, dänischen, spanischen, estnischen, norwegischen und uruguayischen Delegation einen

Entschließungsentwurf über die etappenweise Erreichung des Konferenzzieles

vor, der folgenden Wortlaut hat:

Der Hauptausschuß glaubt, daß die Herabsetzung der Rüstungen, wie im Artikel 8 der Völkerbundssatzung vorgesehen ist, nur etappenweise und mit Hilfe einer Reihe von Revisionen, die möglichst nahe aufeinander folgen sollen, voll verwirklicht werden kann.

Der deutsche Vertreter erklärte, daß dieser Entwurf der deutschen Auffassung nur unvollkommen Rechnung trage, während **der russische Vertreter Litwinow** die Erwähnung der Völkerbundssatzung als unannehmbar für die Nichtmitgliederstaaten bezeichnet und eine Ergänzung durch den Hinweis auf die Notwendigkeit einer „substanziellen Herabsetzung im ersten Stadium" verlangte. Auch **der englische Außenminister** erklärte, es komme auf das erste Stadium an, und die in der Entschließung vorgesehenen Etappen dürften keinen Vorwand zur Verschleppung sein. **Der französische Delegierte Paul Boncour,** der sich für die Entschließung einsetzte, legte besonderen Wert auf die Erwähnung des Artikels 8, durch den die Berücksichtigung der Sicherheits- und der sonstigen Verhältnisse der einzelnen Länder gewährleistet sei.

Eine Beschlußfassung ist erst für die Sitzung des Hauptausschusses am Dienstag zu erwarten.

Keine Verwischung des Zieles!

Mit der Montag-Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz sind die Arbeiten der Konferenz in ein wichtiges neues Stadium getreten. Der Verlauf der Sitzung, die den Charakter einer recht lebhaft geführten Debatte hatte, ha bereis gezeig, daß die Konferenz aus dem Sadium der großen Reden nunmehr an den Punkt angelangt ist, wo die konkreten prinzipiellen Fragen der Abrüstung zur Entscheidung zestellt werden. Gegenstand der Diskussion war die

Frage, ob das Ziel der allgemeinen Abrüstung in einer einzigen Konvention oder etappenweise erreicht werden soll.

Die Konferenz hat, ohne daß bereits eine Abstimmung über diese prinzisielle Frage erfolgte,

sich praktisch für die zwite Lösung ausgesprochen.

Die Entschließung, die hierüber von einer Reihe kleinerer Staaten eingebracht worden ist, wurde einem Redaktionskomitee überwiesen, das sie unter Berücksichtigung der in der Debatte von verschiedenen Rednern gemachten Bemerkungen genauer prüfen und ihr eine Fassung zu geben hat, die ihre Annahme durch den Hauptausschuß der Konferenz ermöglicht.

Nachdem die Konferenz sich entschlossen hat, nicht den Weg sofortiger Radikallösungen zu beschreiten, war es besonders wichtig, daß vom deutschen Standpunkt nochmals klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß die etappenweise Lösung nicht zu einer Umgehung und Verwischung des Zieles der allgemeinen Abrüstung, wie sie in Art. 8 des Völkerbundsvaktes vorgesehen ist, führen darf. In diesem Sinne hat Botschafter Nadolny in seinen Ausführungen sehr stark wieder den Gedanken in den Vordergrund gestellt, daß das leitende Prinzip der künftigen Arbeiten nicht die Begrenzung, sondern die Herabsetzung der Rüstungen sein müsse. Eine gewisse Anerkennung dieser Forderung bedeutete, wenn in der erwähnten Entschließung das Wort „Begrenzung" der Rüstungen nicht vorkommt. Es ist auch viel bemerkt worden, daß in der Debatte alle Redner nur mehr von einer „Herabsetzung" gesprochen haben. Der deutsche Vertreter hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die deutsche Regierung es lieber gesehen hätte, wenn die Konferenz sich dafür entschieden hätte, schon jetzt mit einem Schlag das Endziel der allgemeinen Abrüstung zu verwirklichen. Da diese Lösung bei der Fassung des Art. 8 des Völkerbundspaktes und der schon erwähnten Beschlüsse der Völkerbundsversammlung nicht möglich ist, ist es umso notwendiger, daß, wie Botschafter Nadolny sehr entschieden betonte, schon die erste Etappe eine sehr beträchtliche Herabsetzung des gegenwärtigen Rüstungsstandes bringt, daß die weiteren Etappen möglichst kurz aufeinander zu folgen haben, und daß das Endziel der allgemeinen Abrüstung möglichst schnell erreicht wird.

„Die entscheidende Woche"

„Daily Telegraph" hebt in einem Leitartikel hervor, daß die neue Woche von entscheidender Wichtigkeit für die Abrüstungskonferenz sein dürfte. Die Konferenz sei jetzt nach langwierigen Vorarbeiten an das Hauptproblem herangekommen. Der amerikanische Plan sei klar und praktisch durchführbar und werde von Großbritannien, Italien, Deutschland und Rußland unterstützt. Seine Annahme würde einen Erfolg bedeuten, wie er bei Zusammentritt der Konferenz nicht erhofft wurde. Aber einstweilen stoße er auf den hartnäckigen Widerstand Frankreichs.

In dem Artikel heißt es weiter: Die Anwesenheit des Staatssekretärs Stimson ist ein Hinweis auf einen der Faktoren, die einen erfolgreichen Ausgang der Konferenz wünschenswert machen. Eine beträchtliche Rüstungsverminderung würde mehr als irgendein anderer Umstand die Stimmung Amerikas zu Gunsten einer Revision der europäischen Kriegsschulden beeinflussen. Die Abneigung gegen eine solche Revision ist bei einer Nation, deren nationale Finanzen ein Defizit von 2¼ Milliarden Dollars aufweisen dürften, nur natürlich. Wenn das Argument, daß eine Revision ebenso im Interesse der Schuldner wie der Gläubiger liegt, durchdringen soll, dann muß die Anschuldigung, daß „Europa" immer reichlich viel Geld für ungeheure Rüstungen habe, durch die Tat widerlegt werden.

Erörterungen um die Sanktionsklausel der Völkerbundssatzung

Der Genfer Korrespondent der „Times" sagt: In den Wandelgängen der Abrüstungskonferenz werde die Frage erörtert, ob es nicht angebracht wäre, die Sanktionsklausel der Völkerbundssatzung zu streichen, weil ein solcher Schritt wahrscheinlich der einzige wäre, der eine Annäherung des amerikanischen und europäischen Standpunktes in der Frage eines nicht herausgeforderten Angriffes zustandebringen könnte.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß

Der auf Initiative des Internationalen Gewerkschaftsbundes einberufene außerordentliche Kongreß, der die Weltwirtschaftskrise und die Methoden zu ihrer Bekämpfung behandeln sollte, beendete seine Arbeiten. In der Diskussion ergriffen u. a. die Vertreter Deutschlands, Englands, Indiens und Jugoslawiens das Wort und erklärten sich sämtlich mit dem Programm des I. G. B. einverstanden und betonten besonders die Notwendigkit seiner größeren Popularisierung. Sie sprachen ferner den Wunsch nach einer größeren internationalen Zusammenarbeit aus.

Entschließungsentwürfe zur Frage der Räumung Schanghais

Der 19er-Ausschuß der außerordentlichen Völkerbundsversammlung hat sich wieder mit den

Kreugers Betrügereien

Die betrügerischen Transaktionen von Kreuger und Toll, durch welche seit Jahren die Zeichner von Aktien und Obligationen betrogen wurden, erstrecken sich, wie der gutunterrichtete Korrespondent der „Financial Times" berichtet, auf Grund des Sachverständigenberichtes auf folgende Emissionen: 5 Mill. Pfund Kreuger u. Toll, 24 Mill. Pfund Swedish Matsch, 21 Mill. International Matsch. Man glaubt, daß die Konten von Kreuger u. Toll seit 1915 gefälscht wurden. Von den 29 Mill. Pfund für die italienischen Schatzscheine seien, wie der Korrespondent berichtet, nahezu 20 Mill. in den Aktiven der International Matsch Corporation enthalten, und zwar gegen 50 Mill. Dollar deutsche Bonds, die von der International Matsch Corporation Kreuger in persönliche Verwahrung gegeben wurden.

Der Korrespondent will wissen, daß eine zeitlang ein enger Kontakt zwischen Hitler und Kreuger bestanden habe, der der Ansicht war, daß nur eine starke nationale Regierung in Frankreich und Deutschland das europäische Problem lösen könnte, Kreuger sei von Hitlers Verhandlungen mit den Botschaftern im Herbst genau unterrichtet worden und soll eine wichtige finanzielle Stütze für Hitlers Bewegung gewesen sein.

Wie der Korrespondent ferner berichtet, hat der Konzern riesige Summen als Bestechung für die Erwerbung von Zündholzmonopolen ausgegeben.

In der geheimen Sitzung des Untersuchungsausschusses sei bestätigt worden, daß gute Aussichten für die Rettung der Swedish Matsch bestehen und daß auch amerikanische Interessenten an der Eriesson-Telephongesellschaft in Schweden sich sehr einsichtsvoll zeigen.

Die Stockholmer Presse bringt eine Meldung, wonach der frühere König von Spanien kategorisch erklärt, niemals Finanzbeziehungen zu Ivar Kreuger gehabt zu haben. Die Meldung von „Sozialdemokraten", daß in Kreugers Geldschrank

eine von König Alfons unterschriebene Quittung

über 5 Millionen Peseten gefunden sei, hat

keinerlei amtliche Bestätigung gefunden, ebenso wenig die Nachricht, daß eine Quittung Hitlers über 100 000 Kronen gefunden sei.

Die Abendzeitungen berichten in großer Aufmachung aus London, daß

die Morgan-Gruppe schon vor einiger Zeit die schwache Stellung des Kreuger-Konzerns kannte

und wegen Kursverlustes einen Schadenersatz in Höhe von 10 Millionen Dollar forderte, da Kreuger nicht imstande war, den vertraglich festgelegten Aktientausch von 600 000 L. M. Eriksson-Aktien mit 400 000 International Telefon-Aktien durchzuführen. Nach derselben Londoner Meldung wollte Morgan die Abreise Kreugers aus Newyork verhindern und unterrichtete sogar die Polizeibehörden über die betrügerische Aktion von Kreuger. Schließlich glückte es diesem, die notwendigen Geldmittel aufzutreiben. Das Bankhaus Lee, Higginson u. Co. war jedoch inzwischen so mißtrauisch geworden, daß man Direktor Durant mit Kreuger nach Europa schickte, um an der Pariser Konferenz teilzunehmen. Vor dieser Konferenz nahm Kreuger sich bekanntlich das Leben.

Schanghaier Waffenstillstandsverhandlungen beschäftigt und versucht, die am Sonnabend gefundene grundsätzliche Linie, wonach die in Schanghai zu schaffende gemischte Waffenstillstandskommission eine gewisse Kontrolle über die Durchführung und Beendigung der Räumung ausüben soll, in die Form einer Entschließung zu kleiden. Es lag ein Entschließungsentwurf des Präsidenten vor, dem, da er allgemein für ungenügend gehalten wurde, der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch einen weiter gehenden Entwurf gegenüberstellte. Ueber die Verschmelzung der beiden Texte war eine Einigung noch nicht zu erzielen.

Fortschritte auf der Abrüstungskonferenz

Die Entschließung, die vom Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz in der Sitzung am Dienstag voraussichtlich angenommen wird, hat folgenden Wortlaut:

„In Anbetracht der Ansichten, die im Laufe der Aussprache auf der Abrüstungskonferenz hinsichtlich der Herabsetzung und der Begrenzung der Rüstungen ausgesprochen worden sind, ist der Hauptausschuß der Ansicht, daß die Herabsetzungen der Rüstungen, so wie sie in Artikel 8 des Völkerbundspaktes vorgesehen ist, schrittweise durch Revisionen, die sich in geeigneten Zwischenräumen zu wiederholen haben, zu verwirklichen ist, nachdem die gegenwärtige Konferenz die erste entscheidende Etappe der allgemeinen Herabsetzung auf das tiefstmögliche Niveau vollzogen haben wird."

Diese Resolution bedeutet insofern eine wesentliche Verbesserung, als sie den Gesichtspunkten, die der deutsche Vertreter Botschafter Nadolny geltend gemacht hat, Rechnung trägt.

Vom deutschen Standpunkt aus ist es zu begrüßen, daß zwei Grundsätze festgelegt worden sind:

1. Es wird eindeutig festgestellt, daß die Abrüstung des Völkerbundspaktes in fortschreitenden Aktionen bis zum Endziel durchzuführen ist.

2. Es kann jetzt kein Zweifel mehr bestehen, daß die jetzige Abrüstungskonferenz selbst einen ersten entscheidenden Schritt der Abrüstung auf das tiefstmögliche Niveau zu vollziehen hat.

Mit dieser Entschließung würde, unter der Voraussetzung, daß der Hauptausschuß ihr zustimmt, die Konferenz gegenüber den bekannten Bestrebungen, die Rüstungen vorläufig nicht herabzusetzen, sondern nur zu begrenzen, endlich eine klare Richtlinie für ihre Arbeiten gefunden haben.

Eine amerikanische Maschinenfirma bricht die Beziehungen zur Sowjetunion ab

Aus Detroit, 18. April, kommt die Meldung: Die Maschinen- und Konstruktionsfirma Albert Kahn Inc., eine der hauptsächlichsten Förderer des Fünfjahresplanes in Rußland, gibt bekannt, daß sie ihre Beziehungen zu der Sowjetunion abgebrochen hat. Den Anlaß bildete die Währungsfrage, erklärte Moritz Kahn. Die Sowjetregierung habe Mangel an Gold und wäre bereit gewesen, in russischen Rubeln zu zahlen, die aber für die Firma wertlos seien. Nach dem früheren Kontrakt, der Ende März ablief, waren die Zahlungen in Dollar erfolgt. Die Firma Kahn in Moskau war hauptsächlich für den Entwurf und die Konstruktion der Stalingrader Traktorenfabrik mit einer jährigen Leistung von 40 000 Maschinen verantwortlich. Das Büro in Rußland beschäftigt 1000 russische Ingenieure unter der Aufsicht von 24 amerikanischen Ingenieuren der Firma Kahn.

Bergwerksbrand in Indien

14 Bergleute erstickt, drei verschüttet

Aus Patna (Vorderindien) wird gemeldet: In einem Glimmerbergwerk des Bezirks Hazaribagh brach am gestrigen Sonntag ein Feuer aus. 14 Bergleute erlitten den Erstickungstod, drei wurden lebend in dem einstürzenden Schacht begraben.

Die Donaufrage

Eine Konferenz der internationalen Handelskammer in Insbruck erörterte das Donauproblem und beschäftigte sich insbesondere mit den verschiedenen Möglichkeiten der präferenziellen Zollbehandlung zu Gunsten der Donaustaaten.

Der Vertreter Oesterreichs, Streeruwitz, betonte die Notwendigkeit sofortiger industrieller Präferenzen für Oesterreich.

Der Vertreter Ungarns, Gratz, erklärte, daß sein Land alle Möglichkeiten prüfen wolle: den Donaublock sowie Präferenzen zu Gunsten der Agrarländer.

Der Vertreter der Tschechoslowakei, Dvoracek, gab der Meinung Ausdruck, daß vor allem die Haltung der außerhalb des Donaublocks stehenden Staaten festzustellen sei.

Der Vertreter Italiens, Olivetti, führte u. a. aus, der Markt der Donaustaaten sei zweifellos für die agrarische Ueberproduktion sowie für die industrielle Produktion dieses Gebietes unzulänglich. Daher sei an eine wirtschaftliche Autarkie des Donauraumes nicht zu denken.

Die Nachmittagssitzung brachte wichtige Erklärungen der Delegationen der Großmächte, die zum ersten Male die Aussicht eröffnen, daß die Konferenz doch zu einer mehr als allgemeinen Entschließung kommt.

Die britische Delegation sei, erklärte Owen Jones, bereit, nicht nur jeden Plan in Erwägung zu ziehen, sondern auch jede klare Lösung für die Nöte der Donaustaaten zu unterstützen. Allerdings sei man in England von der Entwicklung der Dinge in Mitteleuropa einigermaßen enttäuscht. England habe hier große finanzielle Verluste erlitten, und in Handelskreisen sei man vielfach zu dem Schluß gekommen, daß nichts anderes übrigbleiben werde, als den Handel mit diesem Teile Europas aufzugeben. England habe in Mitteleuropa bereits tatsächlich Präferenzen insofern gewährt, als es auf diesem Gebiete Waren im neun- bis zehnfachen Werte dessen beziehe, was es selbst dorthin ausführe. Die öffentliche Meinung Englands sei grundsätzlich gegen alle Arten von geheimen Präferenzen. England sei auch gegen die Clearing- und Tauschverträge der letzten Zeit, die den englischen Handel geschädigt hätten. Die englische Nation sei bereit anzuerkennen, daß Ausnahmen von der Meistbegünstigung zugunsten der Donauländer geschaffen werden sollen, doch müßten noch die Einzelheiten und der Umfang solcher Ausnahmen studiert werden. Den von Riedl ausgearbeiteten Plan für regionale Präferenzen bezeichnete Jones als eine geeignete Grundlage für Reformen auf handelspolitischem Gebiete. Die Stimmung der Londoner Finanzkreise sei gegen Gewährung von neuen Krediten an die mitteleuropäischen Länder. Diese Gewährung könne erst in Frage kommen, wenn Reformen auf finanziellen Gebieten und gewisse Garantien geschaffen seien. Zum Schluß warnte der englische Delegierte vor einer Fortsetzung der bisherigen Rationalisierungspolitik in Mitteleuropa.

Als zweiter Redner legte Clemens Lammers den Standpunkt der deutschen Delegation vor. Die Anregung Tardieus sei nach deutscher Auffassung eine ökonomische Tat von weittragender Bedeutung. Man dürfe aber nicht den Plan Tardieus als einen Hut betrachten, der allen Donaustaaten gemeinsam aufgesetzt werde. Daher sei eine gründliche Klärung der verschiedenen Seiten der ökonomischen Note in Mitteleuropa notwendig. Der Redner warnte vor der Gefahr von Kontingentierungen unter staatlicher Kontrolle und vor den Gefahren einer unbesonnenen Rationalisierung. Lammers hob mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung hervor, ohne die eine Sanierung der mitteleuropäischen Wirtschaftslage nur unvollständig gelingen werde.

Englands Haushalt

Schatzkanzler Neville Chamberlain erläuterte in einer Sondersitzung des englischen Kabinetts den Haushaltsvoranschlag, der dem Unterhause vorgelegt werden wird. Die Vorlage gilt zwar nominell für die zwölf Monate des neuen Rechnungsjahres, hat aber, wie man annimmt, bis zu einem gewissen Grade provisorischen Charakter, da die endgültige Entscheidung wohl davon abhängen wird, wie sich die Lage nach den Konferenzen von Lausanne und Ottawa gestaltet. Neville Chamberlain wünscht vor allem zu zeigen, daß die Nationalregierung fest entschlossen sei, ihre Politik fortzusetzen, die darin bestehe, Großbritanniens Finanzlage stabil zu erhalten und stufenweise zu verbessern. Eine zweite Finanzvorlage wird vielleicht im Herbst eingebracht werden, wenn man einen besseren Ueberblick darüber haben wird, wie sich die während des laufenden Jahres durchgeführten Maßnahmen ausgewirkt haben.

Der Brief des Reichspräsidenten und Groeners Artikel „Mein Standpunkt"

Zu Erörterungen, die an den Brief des Reichspräsidenten an Reichsminister Groener sowie an den Artikel Groeners geknüpft worden sind, erfährt das Contibüro am 18. April aus Kreisen des Reichsinnenministeriums:

„Der Artikel war bereits fertiggestellt, ehe der Minister von dem Brief des Reichspräsidenten Kenntnis bekommen hatte. Alle anderen Kombinationen in der Presse sind unzutreffend. Im übrigen erörtert der Artikel ja auch eine ganze Reihe von Fragen, die nicht unmittelbar mit dem Schreiben des Reichspräsidenten in Zusammenhang stehen, so daß die Behauptungen, er enthalte eine Präjudizierung der Stellungnahme des Ministers, völlig abwegig sind.

Wenn in der Presse mit Bezugnahme auf das Schreiben des Reichspräsidenten weiter behauptet wird, der Reichspräsident habe das Verbot des Reichsbanners verlangt, so steht dies nach Auffassung der zuständigen Kreise des Reichsinnenministeriums völlig im Widerspruch zu dem klaren Wortlaut des Briefes.

Das in dem Schreiben erwähnte Material ist dem Reichsinnenministerium zum Teil bereits am Samstagnachmittag, zum Teil aber erst heute früh zugegangen. Die Durchsicht und Prüfung des Materials wird so beschleunigt erfolgen, wie es nur irgend möglich ist."

Die NSDAP. fordert in Hessen Verbot des Reichsbanners und der Eisernen Front

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat für die Sitzung des hessischen Landtages den Antrag gestellt, die Regierung aufzufordern, unverzüglich beim Reichspräsidenten und der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Verordnung vom 13. April 1932 sofort aufgehoben werde. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages wird u. a. beantragt, unverzüglich beim Reichspräsidenten und der Reichsregierung zu erwirken, daß auch die Kampforganisationen derjenigen politischen Gruppen, denen gewaltsame Zusammenstöße mit Nationalsozialisten nachgewiesen werden können, verboten werden. Ein weiterer Antrag fordert die Regierung auf, im Rahmen ihrer Zuständigkeit sofort für das Gebiet des Volksstaates Hessen die genannten Organisationen, insbesondere das Reichsbanner und die Eiserne Front, mit allen ihren Untergliederungen zu verbieten. Weiter hat die nationalsozialistische Fraktion einen längeren Antrag eingebracht, wonach der Landtag das Vorgehen des hessischen Innenministers und der hessischen Polizei bei Ausführung der Notverordnung vom 13. April mißbilligen soll. Schließlich beantragen die Nationalsozialisten noch die Auflösung des Landtages

Die Beschlagnahme der SA-Ausrüstungsgegenstände in Mecklenburg-Strelitz

Das Wolffbüro meldet aus Neu-Strelitz: Die Mecklenburg-Strelitzer Regierung, die sich aus einem deutschnationalen Minister und einem nationalsozialistischen Staatsrat zusammensetzt, protestiert in einem Rundschreiben gegen das Verbot der SA- und SS-Formationen, das sie völlig einseitig nennt. Es könnte, so heißt es, aus dem Verbot ein ordnungswidriges Verhalten der genannten Organisationen innerhalb des Landes Mecklenburg-Strelitz geschlossen werden. Das Gegenteil sei der Fall. Ihr Auftreten gegenüber den Behörden habe keinerlei Veranlassung zu Besorgnissen gegeben. Das sei auch auf der Konferenz der Innenminister der Länder am 13. April ausdrücklich hervorgehoben worden. Trotzdem sei auf Grund eines ausdrücklichen Ersuchens des Reichsinnenministers gemäß § 2 der Verbots-Verordnung den örtlichen Behörden die Sicherstellung der zur Zeit der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisationen oder eines ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände aufgegeben worden.

Sturm auf das Parlament in Portorico

Ein Toter, 20 Schwerverletzte

Am Montag stürmten Angehörige der Nationalistischen Partei von Portorico das Parlamentsgebäude in San Juan. Sie drangen in das Gebäude ein, wo es im Treppenhaus zu einem Handgemenge mit den Polizisten kam. Im Verlaufe des Kampfes brach ein Treppengeländer, wobei zahlreiche Personen auf den Flur hinabstürzten. Eine Person wurde getötet und 20 schwer verletzt. Der Führer der Nationalistischen Partei, Albizu, der den Sturm auf das Parlamentsgebäude veranlaßt hatte, wurde verhaftet.

Der Sturm auf das Parlament galt einem vom Senat angenommenen Gesetz, das die Einführung einer neuen Flagge für Portorico vorsieht. Die Nationalisten behaupten, daß diese Flagge ein „Wahrzeichen der Kolonisierung" sein würde. Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses hatten Drohbriefe erhalten, in denen die Zerstörung des Parlamentsgebäudes angekündigt worden war, wenn das Gesetz zur Durchführung kommen würde.

Amtliches Dementi — Keine Gehaltskürzung

Amtlich wird mitgeteilt, daß alle Behauptungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Gregor Strasser über die Absicht der Reichsregierung, betr. weitere Gehaltskürzungen, insbesondere die Behauptung, daß eine weitere Kürzung der Beamtengehälter bereits zum 1. Mai 1932 beschlossen sei, und daß die entsprechenden Verordnungen und Erlasse zur Unterschrift fertig im Schreibtisch des Reichsfinanzministers lägen, von Anfang bis zu Ende falsch sind. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sowohl der Reichskanzler als auch der Reichsminister der Finanzen wiederholt erklärt haben, daß eine weitere Kürzung der Beamtengehälter nicht beabsichtigt sei.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages

ist zu Dienstag, 26. April, einberufen worden. Er findet eine umfangreiche Tagesordnung vor, die nicht weniger als 24 Punkte umfaßt. Zunächst soll die Aussprache über die oberschlesische Eisenindustrie fortgesetzt werden. Weiter finden sich auf der Tagesordnung Berichte des Rechnungsunterausschusses, u. a. über die Haushaltsrechnung für 1930, sowie Denkschriften des Rechnungshofes u. a. über das Branntweinmonopol. An den ständigen Unterausschuß sollen überwiesen werden Darlegungen der einzelnen Reichsminister über reichseigene Grundstücke, Förderung des öffentlichen Luftverkehrs usw. Dann steht der Antrag Breitscheid (Soz.) auf Aenderung der Notverordnung über die Sicherung der öffentlichen Finanzen und der Antrag Morath (DVP.) über das gleiche Thema zur Debatte. Weiter will man sich mit Gutachten des Sparkommissars unter anderem über das Reichsverkehrsministerium, mit einer Vorlage des Reichswehrministers über die Gesundheitsverhältnisse und die Selbstmordstatistik der Reichswehr beschäftigen. Vor allem aber stehen zahlreiche dem Haushaltsausschuß vom Reichstagsplenum überwiesene Anträge der einzelnen Fraktionen auf Aufhebung oder Aenderung von Notverordnungen zur Debatte, darunter Anträge auf Aufhebung der Bürgersteuer, auf Einführung einer Goldprämienanleihe usw. Zuletzt ist eine vertrauliche Aussprache über Darlehnsgewährungen des Reiches angesetzt. Die Beratungen des Haushaltsausschusses werden danach einige Zeit in Anspruch nehmen. Auch andere Reichstagsausschüsse werden ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

Zwei Bootsunglücke forderten 8 Menschenleben

Auf dem Unter-Uckersee bei Prenzlau ereignete sich am Sonntagabend ein schwerer Bootsunfall, bei dem vier Personen ertranken. Infolge des stürmischen Wellenganges kenterte ein Vierer mit Steuermann und alle fünf Personen stürzten ins Wasser. Auf dem See befanden sich zur Zeit des Unfalles kaum Boote. Nur ein Paddler hatte den Unfall bemerkt, paddelte an die Unfallstelle heran, und es gelang ihm durch geschicktes Manövrieren einen Mann zu retten und ans Ufer zu bringen. Ein weiterer Verunglückter konnte noch lebend aufgefischt werden, starb aber nach der Rettung. Von den anderen drei Turnern fand man keine Spur; sie sind ertrunken. Sämtliche Verunglückten stehen im Alter von 15 bis 20 Jahren. Infolge der hereingebrochenen Dunkelheit mußte die Suche am Sonntag eingestellt werden.

Aus Paris, 18. April, wird gemeldet: Ein mit fünf Personen besetztes Motorboot ist gestern abend beim Wehr von Créteil gekentert. Von den Insassen konnte nur eine Frau gerettet werden, während die anderen vier Personen, darunter zwei Kinder, ertranken.

Stimsons Europareise

Aus Washington, 18. April, wird berichtet: Im Staatsdepartement glaubt man, daß Außenminister Stimson auf der Rückreise von Genf nach London gehen werde. Dagegen dürfte er kaum Zeit haben, Berlin aufzusuchen. Im übrigen habe er ja gegenwärtig in Genf ausgedehnte Besprechungen mit Reichskanzler Dr. Brüning. Sein Aufenthalt in Paris sei nicht beabsichtigt gewesen und nur dadurch zustande gekommen, daß sein Dampfer verspätet in Frankreich gelandet sei, so daß er den direkten Anschluß nach Genf verpaßt habe. Immerhin sei seine Unterhaltung mit Tardieu recht wertvoll gewesen, da sie „einige Punkte aufklärte".

Die Erde bebt

bei Baku — 12 Personen getötet

Die Erdbebenkatastrophe bei der Insel Swinoi im Kaspischen Meer hat nach dem Bericht eines Untersuchungsausschusses große Schäden angerichtet. Häuser und Leuchttürme wurden völlig zerstört. Acht Männer, eine Frau und drei Kinder sind ums Leben gekommen.

in China

Nach einer Meldung der Agentur Indopacifique aus Schanghai sind durch ein Erdbeben in Hupei viele Personen ums Leben gekommen. Die Zahl der Getöteten steht noch nicht fest.

in Santiago

Am Montag wurde Santiago (Chile) von einem kurzen Erdbeben heimgesucht, das jedoch keinen größeren Schaden anrichtete. Es wurde ein kurzer, aber sehr starker Erdstoß verspürt.

Kellogg gedenkt seines toten Kollegen Briand



Der frühere amerikanische Staatssekretär Frank Kellogg, der augenblicklich in Paris weilt, besuchte den Gedenkstein Aristide Briands auf dem Friedhof von Passy bei Paris.

Wie Frankreich rüstet

Von Oberst a. D. K. von Oertzen

Am 17. März 1932 haben die gesetzgebenden Körperschaften in Paris ohne jede Debatte einen Gesetzentwurf angenommen, der die Loi des Cadres et Effectifs de l'Armee vom 28. März 1928 in entscheidender Weise ändert. Vor dem großen Kriege und vor Begründung des Völkerbundes hätte man von einer französischen Wehrvorlage gesprochen. Aber dieser Begriff ist wahrscheinlich diplomatisch ebenso verpönt wie der Begriff Krieg. Aber ebensowenig wie man mit der Entfernung de. Begriffes aus der Diplomatensprache den Krieg aus der Welt geschafft hat, ebensowenig hat der Beginn der Abrüstungskonferenz dem Wettrüsten Einhalt geboten. Die französische Wehrvorlage vom Jahre 1932 vermehrt die französische schwere Artillerie um 2 Regimenter, um ein pferdebespanntes und ein motorisiertes Regiment. Die Abteilungen dieser Regimenter haben zwei Batterien.

Aus wieviel Abteilungen die Regimenter sich zusammensetzen werden, das überläßt das Gesetz der französischen Heeresverwaltung.

Damit wird ein ganz

neues Prinzip in die Wehrgesetzgebung

eingeführt. Die eigentliche Entscheidung über die Stärke und die Zusammensetzung des Heeres geht von der Legislative auf die Exekutive über; auch eine wahrscheinlich nicht vorhergesehene Wirkung der Abrüstungsbestrebungen des Völkerbundes.

Die Begründung des Gesetzentwurfes sagt, die gegenwärtige „evolution" der Armee kennzeichne sich durch Entwicklung des Befestigungswesens und Motorisierung. Deshalb bedürfe man

„anpassungsfähiger" Gesetzesunterlagen,

um notwendige Aenderungen durchführen zu können. Diese Aenderungen müssen demnach so rasch bewirkt werden, daß nicht einmal ihre Genehmigung durch das jährliche Haushaltsgesetz abgewartet werden kann. Eine solche Eilbedürftigkeit ist durch die militärpolitische Lage Frankreichs keineswegs begründet. Die Elastizität der Organisation entspricht vielmehr dem Wunsche der französischen Diplomatie,

sich in Genf nicht in die Karten sehen zu lassen.

Diese Aenderung des französischen Heeresorganisationsgesetzes macht hinfort unmöglich, nachzuprüfen, aus wieviel Einheiten das französische Friedensheer besteht. Dem pariser Generalstab ist die uneingeschränkte Befugnis übertragen, das Heer umzuorganisieren und zu verstärken. Die Publizität der französischen Kriegsvorbereitungen ist endgültig aufgehoben; die Forderung des Artikels 8 des Völkerbundsgrundgesetzes auf gegenseitige Offenlegung der Rüstungen nunmehr auch für die Friedensorganisation von Frankreich aufgehoben, wie sie es für die Kriegsvorbereitungen schon immer war.

Sachlich begründet werden die Mehrforderungen des französischen Generalstabes mit der Notwendigkeit, die umfangreichen

Grenzbefestigungen ausreichend besetzen

zu können. Der französische Generalstab rechnet mit dem kurzen Gedächtnis der Parlamentarier und auch der Wähler, sobald es sich um Fragen der Landesverteidigung handelt. Vor wenigen Jahren begründete man die Milliardenforderungen für den großartigen Stellungsbau an der deutschen Grenze mit dem Versprechen: Wir wollen Soldaten sparen; darum bauen wir Hindenburglinien. — Jetzt heißt es: Wir wollen mehr Soldaten; unbesetzt nützen uns die schönsten Befestigungen nichts.

Die französische Heeresverwaltung erhält durch das neue Gesetz die Ermächtigung, außer den schon erwähnten Regimentern schwerer Artillerie zu bilden: Verstärkungen für die Infanterie-Regimenter in den Grenzgebieten (garde frontière) und andere Bataillonseinheiten; neue Verbände aus motorisierten Maschinengewehr-Abteilungen; bespannte Festungsartillerie-Abteilungen. Neue unbespannte Fußartillerie-Abteilungen wurden erst im Juli 1931 aufgestellt. Bemerkenswert ist angesichts des Verlaufs der Genfer Besprechungen, daß Frankreich ein besonderes

Gewicht auf eine Vermehrung der schweren Artillerie

legt; obgleich man in Genf fast allgemein die Beseitigung der schweren Geschütze gefordert hat.

Eine solche erhebliche Verstärkung der Kriegsvorbereitungen besonders auch durch Vermehrung der materiellen Heeresausstattung verschlingt selbstverständlich

sehr viel Geld.

Die französische Volksvertretung hat sich aber auch in diesem Jahre, wo der Ausgleich des französischen Haushalts nicht leicht war und die Krise auch das reiche Frankreich zu schütteln beginnt, dem Wehrministerium gegenüber sehr großzügig gezeigt.

Der neue Wehrminister Piétri hat selbst die Ausgaben für die Wehrhaushalte auf

14 Milliarden Franken

beziffert. Er mußte zugeben, daß diese Summe ebensoviel betrage, wie die gesamten Aufwendungen für die Verwaltung aller bürgerlichen Ministerien. Die 14 Milliarden erhöhen sich in Wirklichkeit noch um 2,6 Milliarden Franken, die bereits früher für den Ausbau der Grenzbefestigungen bewilligt waren. Für 1932 erfordert der französische Wehrhaushalt 1 Milliarde mehr als für 1931. Diese Milliarde soll aufgebracht werden durch eine Erhöhung der Einnahmen um 700 Millionen und eine Verminderung der Ausgaben der bürgerlichen Haushalte, die besonders durch Einschränkung des Aufwandes für Notstandsarbeiten betroffen werden.

Tardieu

hat sich mit den Beschlüssen und Bewilligungen der Kammer einverstanden erklärt. Sie bleiben allerdings um 13 v. H. hinter dem ursprünglichen Organisationsplan zurück. „Trotz" dieses Zurückbleibens wolle er den Wehrhaushalt als Grundlage für die Verhandlungen in Genf annehmen. Tardieu hat mit dieser Bemerkung zweifellos noch einmal hervorheben wollen, daß Frankreich bereits heute (ohne Genfer Einwirkung) seine Rüstungen wesentlich eingeschränkt und die Grenze seines Entgegenkommens erreicht habe. Man sieht,

Frankreich hat sich für Genf gut vorbereitet:

propagandistisch, indem von maßgebender Stelle die Tatsache seiner angeblichen Rüstungsbeschränkung erneut erhärtet wurde, und verhandlungstechnisch, daß man um seine wirkliche Heeresorganisation einen undurchdringlichen Schleier zog, — und endlich dadurch, daß man den Umfang der personellen und materiellen Streitkräfte vermehrte, so stark vermehrte, daß

eine Limitierung auf den augenblicklichen Stand keine irgendwie ins Gewicht fallende Einschränkung bedeutet,

zumal die „Elastizität" der gesetzlichen Bindungen jede Verschiebung, jede Umrüstung gestattet.

Zahlungseinstellung der Deutscher Kreditverein A.-G., Berlin

Die mit einem Kapital von 6 Mill. RM. ausgestattete Deutscher Kreditverein A.-G., Berlin, hat die Zahlungen eingestellt. Die Firma hat sich an ihre Kundschaft gewandt und mitgeteilt, daß sie beabsichtige, zu liquidieren, da es ihr durch die fortschreitende Krise unmöglich sei, die Außenstände in dem zur Aufrechterhaltung der Liquidität notwendigen Umfange einzuziehen. Es wird eine ruhige Abwicklung der Liquidation zwecks möglichster Vermeidung von Verlusten angestrebt.

Der Entführer des Lindbergh-Babys?



Harry Fleischer,

der von Neu-Schottland nach England abgereist ist, soll nach den Feststellungen der amerikanischen Polizei der so lange gesuchte Entführer des Lindbergh-Babys sein.

Lindbergh erhöht das Lösegeld auf 100 000 Dollar

Wie der „Mirror" unterm 17. April mitteilt, wartete Lindbergh die ganze vergangene Nacht hindurch auf die Benachrichtigung, daß er zu einem bezeichneten Punkt fliegen solle, um das Kind gegen Zahlung von 50 000 bis 100 000 Dollar zurückzuerhalten.

„Brooklyn Eagle" will von einer zuverlässigen Persönlichkeit erfahren haben, daß Lindbergh bei einer New Yorker Bank 100 000 Dollar je zur Hälfte in Banknoten und Gold hinterlegt habe, die nur ausgezahlt werden sollen, wenn das Kind gleichzeitig zurückgegeben wird.

Börsen Märkte Handel

Viehmärkte

Dortmunder Schlachtviehmarkt

(Bericht der Notierungskommission)

Dortmund, den 18. April. Bezahlt wurden für 50 Klgr. Lebendgewicht: Ochsen: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, jüngere 35 bis 37, sonstige vollfleischige, jüngere 32—34, fleischige 26—30; Bullen: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 28—30, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 25—27, fleischige 22—24; Kühe: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 29—31, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 26—28, fleischige 22—25, gering genährte 17 bis 21; Färsen: vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 33—35, vollfleischige 29—32, fleischige 26—28; Kälber: beste Mast- und Saugkälber 42—44, mittlere Mast- und Saugkälber 32—40, geringe Kälber 23—31; Schweine: vollfleischige Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgewicht 37—39, vollfleischige Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 35—38, fleischige Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht 33—35, Sauen 30—34 RM. Auftrieb: Großvieh 793, Ochsen 48, Bullen 116, Kühe 587, Färsen 30, Fresser 12, Kälber 653, Schafe 21, Schweine 2967, Ziegen 1. Marktverlauf: Großvieh schleppend, kleiner Ueberstand, Kälber schlecht geräumt, Schweine schlecht geräumt. — Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Essener Schlachtviehmarkt

(Bericht der Notierungskommission)

Essen, den 18. April. Bezahlt wurden für 50 Klgr. Lebendgewicht: Ochsen: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, jüngere 36 bis 38, sonstige vollfleischige, ältere 29—32; Bullen: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 29—31, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 26—28, fleischige 24—25; Kühe: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 30—32, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 26—29, fleischige 21—24, gering genährte 17—20; Färsen: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts 33—35, vollfleischige 30—32, fleischige 26—29; Fresser: mäßig genährtes Jungvieh 20—23; Kälber: Doppellender bester Mast 50—62, beste Mast- und Saugkälber 36—42, mittlere Mast- und Saugkälber 30—35, geringe Kälber 20—28; Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel, Weidemast 35—40; Schweine: vollfleischige Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgewicht 39—42, vollfleischige Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgew. 39—42, vollfleischige Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 37—40, fleischige Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht 35—37, Sauen 28—36 RM. Auftrieb: Großvieh 383, Ochsen 17, Bullen 138, Kühe 141, Färsen 71, Fresser 16, Kälber 889, Schafe 23, Schweine 2703. Marktverlauf: mittel, Kälber flau. — Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Düsseldorfer Schlachtviehmarkt

(Bericht der Notierungskommission)

Düsseldorf, 18. April. Ochsen: Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts 35—37, sonstige 31—34, fleischige 26—30. Bullen: Jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 29—31, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 25—28, fleischige 20—24. Kühe: Jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 29—31, sonstige oder ausgemästete 25—28, fleischige 21—24, gering genährte 16—20. Färsen: Vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerks 32—35, vollfleischige 28—31, fleischige 24—27. Kälber: Beste Mast- und Saugkälber 41—47, mittlere Mast- und Saugkälber 32—40, geringe Kälber 20—30. Schweine: Vollfleischige Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgewicht 40—42, vollfl. Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgewicht 40—44, vollfl. Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 38—43, fleischige Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht 34—38 RM. für 50 Kg. Lebendgewicht. Auftrieb: Ochsen 52, Bullen 95, Kühe 156, Färsen 51, Fresser 4, Kälber 652, Schafe 1, Schweine 2539. Marktverlauf: Bei Großvieh, Kälbern und Schweinen mittelmäßig.

Kölner Schlachtviehmarkt

(Bericht der Notierungskommission)

Köln, den 18. April. Bezahlt wurden für 50 Klgr. Lebendgewicht: Ochsen: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts a) jüngere 35 bis 39, b) ältere 30—33, sonstige vollfleischige a) jüngere 31—34, b) ältere 25—29; Bullen: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 30—32, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 25—28; Kühe: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 29—32, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 25—28, fleischige 20—24, gering genährte 16—19; Färsen: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts 32—35, vollfleischige 26—31; Fresser: mäßig genährtes Jungvieh 20—26; Kälber: Doppellender bester Mast 52—65, beste Mast- und Saugkälber 42—47, mittlere Mast- und Saugkälber 32—40, geringe Kälber 25—30; Schweine: vollfleischige Schweine von ca. 240 bis 300 Pfd. Lebendgewicht: 38—43, vollfleischige Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgewicht 38—43, vollfleischige Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 36—41, fleischige Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht 32—38, Sauen 31—35 RM. Auftrieb: Großvieh 1152, Ochsen 242, Bullen 147, Kühe 655, Färsen 73, Fresser 35, Kälber 1437, Schafe 21, Schweine 4668. Marktverlauf: Großvieh beste Tiere auch noch höher bezahlt, ziemlich belebt, geräumt, Kälber ziemlich belebt, Schweine ruhig. — Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Befriedigende Reichsbankentlastung Aber Gold- und Devisenabgänge

Die Flüssigkeit am Geldmarkt kommt in dem neuen Reichsbankausweis deutlich zum Ausdruck, da wieder nicht unerhebliche Rückflüsse zum Zentralnoteninstitut festzustellen sind. Der Medio hat sich kaum bemerkbar gemacht. Die Bestände der Reichsbank an Wechseln und Schecks konnten, wie aus dem Reichsbankausweis vom 15. April hervorgeht, um weitere 150 Mill. RM. auf 3023 Mill. RM. gesenkt werden, während das Lombardkonto nach der außerordentlich starken Abnahme in der ersten Aprilwoche nur noch um 1,3 Mill. RM. auf 99 Mill. RM. zurückging. Diese günstige Entwicklung hat, nicht ohne Berechtigung, die Hoffnung entstehen lassen, daß die Reichsbank in Kürze wieder eine Diskontsenkung um ein halbes Prozent vornehmen werde. Wie es scheint, besteht jedoch eine derartige Absicht bei der Reichsbank zurzeit noch nicht; darauf deutet auch die Tatsache hin, daß trotz der anhaltenden Nachfrage nach Privatdiskonten der Satz hierfür in den letzten Tagen auf unverändert 5 Prozent belassen wurde, um die Spanne zum Reichsbanksatz nicht zu vergrößern. Wenn die Reichsbank mit einer neuen Diskontherabsetzung zögert, so hat sie Ursache dazu im Hinblick auf die Entwicklung der Gold- und Devisenbilanz, denn leider ist hier wieder einmal eine Wendung zum Schlechteren eingetreten. Infolge von Zinszahlungen für Auslandskredite sowie der Zahlung einer Rate von dem Ueberbrückungskredit der Reichsversicherungsanstalt haben sich die Bestände der Reichsbank an deckungsfähigen Devisen um 13,7 Mill. RM. vermindert, während der Goldbestand um 19 Mill. RM. abnahm.

Die Entlastung der Reichsbank auf der Ausleihungsseite wirkte sich in einer weiteren Rückbildung des Umlaufs an Reichsbanknoten aus, der um 85 Mill. RM. auf 4000 Mill. RM. reduziert werden konnte. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen beträgt jetzt 24,7 (in der Vorwoche 25) Prozent. — Da die fremden Gelder bei der Reichsbank um 14 Mill. RM. zugenommen haben, scheint das Reich seinen Betriebskredit zum Medio, wenn auch nur in geringem Umfange, in Anspruch genommen zu haben

Märkte

Die Zufuhren zum Essener Hauptmarkt waren sowohl in in- und ausländischem Gemüse und Kartoffeln, sowie in Obst und Südfrüchten reichlich, doch konnte sich nur langsames Geschäft entwickeln. Die Preise zeigten unverändert feste Tendenz.

Berliner Metall-Notierungen

Berlin, 18. April. Amtlich. Es wurden bezahlt für 100 Klg.: Elektrolytkupfer, (wirebars) prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam 58½, Original-Hütten-Aluminium 98—99%, in Blöcken 160, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 164, Reinnickel, 98—99% 350, Antimon-Regulus 50—52 RM. Silber in Barren ca. 1000 fein per Klgr. 40¼—43½ RM.

Ostasiatische Probleme

Sowjetrußland fordert Abberufung eines chinesischen Konsuls

Im Volkskommissariat des Aeußeren wurde, wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, bekannt, daß der chinesische Konsul in Blagoweschtschensk das ihm zustehende Recht der Sendung von Chiffretelegrammen ausnutzt, um nach verschiedenen Teilen Chinas und anderen Ländern alle möglichen Aufrufe mit der Unterschrift des Generals Ma, der sich in der Provinz Heilungkiang verborgen hält, zu senden. Da das Volkskommissariat der Ansicht ist, daß ein solches Verfahren ein Mißbrauch der dem chinesischen Konsul in Blagoweschtschensk zustehenden Rechte ist, wodurch der von der Sowjetregierung betriebenen Politik der strengsten Nichteinmischung in die mandschurischen Angelegenheiten Schaden zugefügt werden kann, schlug es der mandschurischen Regierung vor, den jetzigen chinesischen Konsul in Blagoweschtschensk abzuberufen und ihn durch eine andere Person zu ersetzen. Gleichzeitig wurde die zeitweilige Einstellung der Weitergabe von Telegrammen verfügt, die vom chinesischen Konsul in Blagoweschtschensk ausgehen.

Neue weißgardistische Ueberfälle auf die ostchinesische Eisenbahn

Die Moskauer Presse veröffentlicht folgende Meldung aus Peking: Die Provokationen an der ostchinesischen Eisenbahn in Charbin dauern an. Am 16. April belagerten etwa 400 Weißgardisten das Direktionsgebäude der ostchinesischen Eisenbahn, brachen die Türen auf und drangen in das Zimmer des abwesenden Gehilfen des sowjetrussischen Vorsitzenden der Direktion der ostchinesischen Eisenbahn ein und durchwühlten die Papiere. Die Leiter der Demonstration waren bewaffnet. Die chinesische Polizei und der Eisenbahnschutz der ostchinesischen Eisenbahn ergriffen keinerlei Maßnahmen, um diesen Ueberfall zu verhindern. Kurze Zeit darauf stürzte sich ein Haufe von Weißgardisten, als er den sowjetrussischen Eisenbahndirektor auf der Straße bemerkte, auf ihn. Dem Ueberfallenen gelang es, mit seinem Auto zu flüchten. Auch hier beschränkte sich die Polizei auf die Rolle des Beobachters.

Abberufung des japanischen Militärmissionschefs aus Charbin

Der Telegraphenagentur der Sowjetunion wird aus Chabarowsk berichtet: Nach hier eingegangenen Meldungen ist der angeblich abgesetzte Chef der japanischen Militärmission in Charbin, Doihara, tatsächlich aus dem Grunde aus Charbin abberufen worden, um den höheren Posten als Brigadegeneral einer aus Japan nach der Mandschurei abgehenden Brigade einzunehmen.

Japan hält die Vorschläge des 19er-Ausschusses für annehmbar

Wie Reuter von zuständiger Stelle in Tokio erfährt, hält Japan die Vorschläge des 19er-Ausschusses in Genf für annehmbar. Es behält sich jedoch das Recht vor, jederzeit mitzuteilen, ob seiner Ansicht nach die Ruhe in Schanghai wieder soweit hergestellt ist, daß es seine Truppen unbesorgt zurückziehen kann

Die Lage in Schanghai

Wie die Agentur Indo-Pacifique aus Schanghai berichtet, werden mehrere japanische Einheiten am Dienstag nach Japan zurückbeordert werden. Viertausend japanische Staatsangehörige, die während der Feindseligkeiten Schanghai verlassen hatten, sind dorthin zurückgekehrt.

Enteignung nimmt stets schlimmen Lauf!
Das Sparbuch baut die Wirtschaft auf!

Wählt Volksrecht-Partei!
Wählt Liste 5a!

Heute morgen 6 Uhr entschlief nach kurzem Krankenlager infolge Altersschwäche sanft und ruhig mein lieber unvergeßlicher Gatte, unser guter treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel

Albert Liesendahl

Veteran von 1870-71

im beinahe vollendeten 84. Lebensjahre.

•

Um stille Teilnahme bitten:

Alwine Liesendahl geb. Faßbender
Familie Ernst Peters
Familie Oskar Heinrichs

Burscheid und Bullay, den 18. April 1932.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 21. April 1932, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause Höhestraße 16 aus, statt.

Preuße erwach!

Denk daran

Den **Arbeiter** um seine Arbeit gebracht,
Den **Bauern** enteignet und noch verlacht,
Den **Bürger** mit Steuern und Kuckuck bedacht,
Das **ganze Volk** zu Bettlern gemacht
Hat das schwarz-rote Preußen. Drum frisch zur Schlacht
Zur **Freiheit** führt Euch die

LISTE 8 **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei** (Hitler-Bewegung)

Wohnhaus

mit 9 Zimmer, 2 Spülküchen und schönem Garten, Nähe Bahnhof Kuckenberg, steht **zum Verkauf.**
3 evtl. 4 Zimmer sind sofort zu beziehen.
Evtl. 3 bis 4 Zimmer, Spülküche und Garten sofort **zu vermieten.**
Angebote unter „S. S. 2" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Die Antwort auf die Lügen der Systemtreuen, auf die beispiellose Unterdrückungsaktion gegen die N. S. D. A. P.

In öffentlicher

Kundgebung

am Dienstag, den 19. April
sprechen in der „Alten Post"
(Inh. Witwe H. Urbahn)

Pgn. Frau Optehostert, Homberg
„Die Frau im Dritten Reich"
Pg. Ernst Bollmann, Moers
„Wir im Landtag"

Einlaß 8 Uhr. **Beginn 8,30 Uhr.**
Unkostenbeitrag 30 Pfg.
Erwerbslose frei.
Wir werden Ihnen zeigen, wozu wir bereit sind, was wir vermögen.
Der letzte deutsche Mann, die letzte deutsche Frau zu uns!

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Burscheid.

Veteranen-Verein Burscheid

Montag-Morgen wurde unser lieber, treuer Kamerad

Albert Liesendahl

Veteran von 1870-71

im Alter von 84 Jahren unseren Reihen entrissen.

Wir werden dem Entschlafenen ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.

I. A.: Der Vorstand.

Burscheid, den 19. April 1932.

Die Mitglieder versammeln sich behufs Teilnahme an der am Donnerstag, den 21. April, stattfindenden Beerdigung, nachmittags 3.30 Uhr, im Vereinslokal.

Burscheider Kriegerverein

Zur großen Armee abberufen wurde unser lieber treuer Kamerad

Albert Liesendahl

Veteran von 1870-71

im Alter von 84 Jahren.

Wir werden dem Entschlafenen ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.

I. A.: Der Vorstand.

Antreten der Mitglieder behufs Teilnahme an der Beerdigung am Donnerstag, den 21. April, nachmittags 3.30 Uhr, im Vereins-Lokale und ist es Ehrenpflicht aller Kameraden zu erscheinen.
Mütze, Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

„Durch Preußen zur deutschen Freiheit!"

Über obiges Thema spricht in einer großen

Wahlkundgebung

Pg. Eickenberg-Mettmann

am **Donnerstag, den 21. April, abends 8.30 Uhr,** im Saale des Herrn **Prante, Hilgen.**

Beginn 8.30 Uhr. Unkostenbeitrag 20 Pfg.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Sektion Hilgen.

Öffentliche Steuermahnung

Die Rückstände an Grundvermögens- und Hauszinssteuer für den Monat April 1932 werden hiermit öffentlich angemahnt.

Nach den bestehenden Vorschriften müssen die Steuern für das neue Rechnungsjahr, solange die Veranlagungen noch nicht erfolgt und die Steuerbescheide noch nicht zugestellt sind, aufgrund der vorigjährigen Veranlagungen zu den üblichen Terminen weiter gezahlt werden. Es ist dies auch auf der Rückseite der Steuerzettel für 1931 angegeben.

Bei unterlassener Weiterzahlung muß kostenpflichtige Zwangsbeitreibung erfolgen.

Auswärtige Hebetermine sind:

am Donnerstag, den 21. April in Hilgen
in der Wirtschaft Hirschfelder,
am Freitag, den 22. April in Dierath
in der Wirschaft Busch,
von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Burscheid, den 19. April 1932.
Die Stadtkasse: Schmitz.

Danksagung

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Heimgange unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen herzlichen Dank.

Familie Wilhelm Thiel

Büchel, im April 1932.

Inserieren bringt Gewinn!

Geld in Massen auch für Sie durch die Klassen-Lotterie

Diese Woche Ziehung

1/8 Los 5.— RM., 1/4 Los 10.— RM. empfiehlt

Otto Weber, Burscheid
Fernsprecher 539

Wohnung

2 Zimmer, in Kaltenherberg, zum 1. Mai **zu vermieten.** — Angebote unter „S P. 81" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wohnhaus

bei Hilgen mit Baumhof und Garten zu verkaufen. Angebote unter **W. S. 28** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 91 2. Blatt Dienstag, 19. April 1932

Der Verwaltungsbericht der Stadtgemeinde Burscheid

Allgemeine Verwaltung

Dem Verwaltungsbericht der Stadtgemeinde Burscheid für das Geschäftsjahr 1931/32, den Herr Bürgermeister Rohde in der letzten Stadtverordneten-Sitzung vor der Etatsberatung gemäß der Rheinischen Städteordnung erstattete, entnehmen wir folgendes:

Gemeindegebiet und Bevölkerungsverhältnisse

Die Größe des Gemeindegebietes hat sich seit der am 1. April 1930 erfolgten Eingliederung des Ortsteiles Dürscheid nicht verändert. Die Gesamtgröße beträgt 2749,93 ha. und zählt die Gemeinde 85 Ortschaften pp.

Die Personenstandsaufnahme am 10. 10. 1931 ergab 7913 Einwohner gegenüber 7783 am gleichen Tage des Vorjahres. Hiervon sind 4014 Männer (1930 = 3191), 3899 Frauen (3281). Gegenüber dem Vorjahre ist eine Zunahme von 130 Einwohner = 1,67 Prozent zu verzeichnen.

Nach Konfessionen aufgeteilt sind 5589 (5526) Personen evangelisch, 1857 (1840) katholisch und 467 (417) Dissidenten oder andersgläubig.

Beim Standesamte wurden angemeldet bezw. vollzogen: 65 (89) Lebendgeburten, 0 (1) Totgeburten, 69 (61) Sterbefälle und 59 (67) Eheschließungen. Von den Geborenen waren 29 (35) Knaben und 36 (55) Mädchen. Bei den Sterbefällen kamen 2 (2) Fälle von Selbstmord und 2 (2) Unglücksfälle vor. An Krebs verstarben 13 (11) Personen.

Gemeinde-Verwaltung

Am 18. August 1931 waren 75 Jahre seit Verleihung der Städteordnung verflossen.

Der seit dem 1. 5. 1910 im Ruhestande lebende Flurhüter Porzberg starb am 2. 11. 1931. Wegevorarbeiter Bahns konnte am 5. 6. 1930, Wegearbeiter Wiedenhoff am 20. 12. und Gasanstaltsarbeiter Krekeler am 15. 7. 1931 auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Stadt zurückblicken. Nach Beschluß des Finanzausschusses wurde jedem Einzelnen ein Geschenk von 75 RM ausgehändigt.

Zeno Berger zu Hilgen wurde am 20. 11. 1931 als Nachfolger des Thomas Grzywaczyk, der sein Amt niedergelegt hatte, in die Stadtverordneten-Versammlung eingeführt. Walter Schliephake wurde am 20. 11. 1931 zum Nachfolger des ausgewanderten Ernst Krämer in den Bau- und Finanz-Ausschuß gewählt und Michel Matheis am 20. 11. 1931 in den Vorstand der Bürger- und Handelsschule. Heinz Kiepe desgl. in den Ausschuß für die kaufmännische Berufsschule.

Zugunsten der Stadt wurden bei Empfängern von Klein- oder Sozialrente 13 Sicherungshypotheken in Gesamthöhe von 38 500 RM auf deren Besitztum eingetragen. Für dritte Personen wurden aufgenommen zu Bau- usw. Zwecken 179 679 RM an langfristigen Hypotheken und Darlehen und 46 000 RM an kurzfristigen Krediten bei der Landesbank. Für 20 Bauherren usw. wurden Bürgschaften gegenüber der Landesbank, der Reichsversicherungs-Anstalt, der Landesversicherungs-Anstalt oder dem Bezirksfürsorgeverband übernommen in Höhe von 81 500 RM.

Außer kurzfristigem Sparkassenkredit wurden im verflossenen Jahre neue eigene Schulden nicht aufgenommen. Der kurzfristige Sparkassenkredit soll bis 30. 9. 1932 abgedeckt sein, was natürlich nach Lage der ganzen Verhältnisse unmöglich ist.

Gemeinderechnungswesen

Die Stadt- sowie die Gas- und Wasserwerkskasse werden regelmäßig monatlich sowie auch unvermutet vom Bürgermeister unter Mitwirkung von Mitgliedern des Rechnungs- und Kontrollausschusses revidiert. Der Finanzausschuß beschloß am 8. ds. Mts. im Mai die städt. Kassen durch die Essener Treuhand-Gesellschaft nachprüfen zu lassen. Im Jahre 1927 erfolgte dies zuletzt durch die genannte Gesellschaft.

Die Jahres-Rechnungen von 1930 wurden von der Stadtverordneten-Versammlung am 29. März ds. Js. festgestellt und abgenommen.

Landwirtschaftliche Angelegenheiten

Die Lage der Landwirtschaft hat sich weiter verschlechtert. Wenn auch der Ernteertrag 1931 befriedigend war, so standen die erzielten Preise in keinem Verhältnis zu den Gestehungskosten. Die gesunkenen Viehpreise brachten für die Landwirte hohen Verlust.

Im Juli 1931 wurde hier ein Ziegenzuchtverein gegründet, der heute 70 Mitglieder zählt und bisher eine intensive Tätigkeit entfaltet hat. Die Nachfrage nach Ziegen ist in Anbetracht der Erwerbslosigkeit gestiegen.

Der im Januar 1930 gegründete Waldbauverein sorgte für Aufforstung vieler abgeholzter Waldstücke sowie für Neuaufforstung.

Kirchen- und Kultusangelegenheiten

Auf Antrag der evangl. Kirchengemeinde Neuenhaus-Hilgen wurde in Hilgen insofern eine Grenzberichtigung vorgenommen, als das Haus von August Kraus in Hilgen der Kirchengemeinde Neuenhaus zugeteilt worden ist und so dort eine Ausbuchtung entsteht.

Justizangelegenheiten

Die Stadt Leverkusen hat ihre Bestrebungen, das alte Burscheider Notariat dorthin zu bekommen, erneut aufgenommen. Eine Entscheidung ist noch nicht bekannt geworden.

Bauamt

Die Hochbautätigkeit in der Gemeinde Burscheid hat unter den zeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen fast ganz nachgelassen. Immerhin ist im Berichtsjahre noch ein Zugang von 20 Gebäuden zu verzeichnen. Von diesen 20 Gebäuden sind 7 gewerblicher Art und 13 als Wohngebäude zu betrachten. Demgegenüber steht ein Abgang an Gebäuden durch Brand, Abbruch usw. von 4 Gebäuden, von denen 3 Wohnungen enthielten.

Durch Neu- und Umbautätigkeit wurden 34 Wohnungen neu geschaffen, 3 Wohnungen gingen durch Abbrüche verloren.

Die Neubautätigkeit lag ganz in den Händen Privater. Eigene Gebäude hat die Gemeinde nicht errichtet.

Oeffentliche Baugelder wurden in dem Berichtsjahre nicht in Anspruch genommen. Eine Erklärung dafür ergibt sich aus der vollständigen Umstellung der Hauszinssteuer. Bestrebungen, eine Kleinsiedlergemeinschaft praktisch durchzuführen, sind nicht zum Abschluß gekommen.

Zins- und Mietzuschüsse. Es gelang für fast alle Hauszinssteuerhypothekenschuldner den Zinsfuß von 3 auf 1 Prozent herabzusetzen. Darüber hinaus sind für überschuldete Anwesen, für lungenkranke und kinderreiche Bauherrn ganz erhebliche Beträge aus öffentlichen Mitteln (Hauszinssteuer, Landrat Lucas-Stiftung, Provinz, LVA) hereingeholt worden.

Ausgeliehene städtische Baugelder. Zu einer ganz erheblichen Belastung des Verwaltungsapparates haben sich die von der Stadt ausgeliehenen Baugelder ausgewirkt. Unter dem ungeheuren Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Arbeitslosigkeit u. s. w. ist der größte Teil der städtischen Schuldner kaum in der Lage gewesen, regelmäßig und rechtzeitig seinen Verpflichtungen aus den Kapitalien nachzukommen. Unendliche Verhandlungen, Prozesse, große Zinsverluste sind die Folgen der Ereignisse, die besonders nach den Erhöhungen des Reichsbankdiskontes zu Mitte des Jahres eintraten. Die Geldgeberin der Stadtgemeinde Burscheid berechnete teilweise bis 23 Prozent Zinsen. Die Stadtgemeinde leidet an den ausgeliehenen Kapitalien große Verluste, weil sie nicht in der Lage ist, für ihre Unkosten einen Verwaltungskostenzuschuß neben den Zinsen der Landesbank ihren Schuldnern aufzuerlegen.

Für die bauliche Unterhaltung der Gemeindehäuser standen nur geringe Mittel zur Verfügung. Es hat nur das Allernotwendigste geschehen können.

Wegebau- und Straßeninstandsetzung

Neue Wege sind nicht angelegt worden. Als besonders vorteilhaft hat sich die Anschaffung einer Straßenwalze im Vorjahre erwiesen. Ca. 10 Klm. Gemeindestraßen sind mit neuen Schotterdecken versehen worden. Ca. 5 Klm. ausgetriebene Basaltschotterdecken sind mit Sand neu eingedeckt, die Decken angehackt und neu abgewalzt worden.

Gemeindearbeiter. Entlassungen und Neueinstellungen erfolgten nicht. Von den Wohlfahrtserwerbslosen ist eine Pflichtarbeit verlangt worden. Die Durchführung hat aber wesentliche Vorteile nicht gezeigt.

Kanalisation und Kläranlagen. In der Mittelstraße ist auf der rechten Seite von der Viktoriastraße aus gesehen bis zur Einmündung in die Hauptstraße Kanalisation verlegt worden.

Brände

Neben einer Anzahl kleinerer Zimmer- und Schornsteinbrände sind folgende Großfeuer zu verzeichnen gewesen: Gebrüder Pott, Kretzheide und Otto Hachenberg, Lamerbusch.

Mit Unterstützung der Bürgerschaft und der in Burscheid interessierten Feuerversicherungen ist für den Löschzug 1 Burscheid eine Alarmklingelanlage eingerichtet worden, an die bis jetzt 20 Feuerwehrleute angeschlossen sind. Die Einrichtung garantiert eine sehr schnelle Alarmierung der Wehr.

Elektrizitätsvertrag. Die Verhandlungen über die Verlängerung des bestehenden Vertrages sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Von Allgemeininteresse sind nur die

Viehzählungen

Schweine am 1. 6. 31 = 441 (432), 1. 9. 31 = 524 (452), 1. 3. 32 = 230 (224).

Die allgemeine Viehzählung erfolgte am 1. 12. 31 mit folgendem Ergebnis: 229 (234) Pferde, 1 (1) Esel, 1430 (1378) Stück Rindvieh, 321 (301) Schafe 501 (376) Schweine, 317 (299) Ziegen, 16 631 (18 477) Hühner, 75 (93) Bienenstöcke.

Wahlen

Zum Volksbegehren „Landtagsauflösung" trugen sich 530 Stimmberechtigte ein.

In dem nachfolgenden Volksentscheid Landtagsauflösung wurden abgegeben von 5653 Stimmberechtigten 2953 gültige Stimmen, 36 ungültige Stimmen. Von den gültigen Stimmen waren 2860 für die Auflösung des Landtages und 93 gegen die Auflösung des Landtages.

Beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl 13. 3. 32 wurden abgegeben von 5687 Stimmberechtigten 4782 gültige und 51 ungültige Stimmen. Von den gültigen Stimmen entfielen auf Duesterberg 108, Hindenburg 1288, Hitler 1587, Thälmann 1783, Winter 15, Karl Lottner 1.

Öffentl. Fernsprechstellen

wurden im letzten Jahre eingerichtet bei: Jos. Jungmann, Großösinghausen, Heinr. Birken, Herkensiefen, Alb. Syberg, Oberlandscheid, Ernst Heinrichs, Irlerhof, Eug. Löhmer, Kippekofen.

So sieht der Stimmzettel aus!

Landtagswahl 1932

Wahlkreis Düsseldorf-Ost

1	**Sozialdemokratische Partei Deutschlands** Dr. Braun — Severing — Berten — Christmann	1 ○
2	**Deutschnationale Volkspartei** Dr. Weisemann — Dr. Gisevius — Janssen — Hein	2 ○
3	**Zentrum** Aloft — Letterhaus — Dr. Weinand — Meistermann	3 ○
4	**Kommunistische Partei Deutschlands** Schulte — Obuch — Horn — Staubes	4 ○
5	**Deutsche Volkspartei** Dr. Boehm — Schröder — Thöne — Paschen	5 ○
5a	**Volksrecht-Partei** D. Dr. Graf von Posadowsky-Wehner — Pohl — Kirberg — Leve	5a ○
6a	**Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V.** Dr. Schmidt-Hoepke — Witzler — Luck — Ehrlitzer	6a ○
6b	**Deutsches Landvolk (Christlich-nationale Bauern- und Landvolk-Partei)** Luypers — Wolters	6b ○
6c	**Junge Rechte (Nationale Front deutscher Stände)** Neuhaus — Staymann — von Wilamowitz-Moellendorff — Dr. Spiritus	6c ○
7	**Deutsche Staatspartei** Greßler — Hackenfost — Dr. Middelhaude — Meyer	7 ○
8	**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)** Florian — Dr. Klein — Schumann — Dr. Diehl	8 ○
14	**Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)** Dr. Schröder — Pilger — Dr. Rudersdorf — Affolderbach	14 ○
18	**Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands** Zöllig — Kersting — Boutta — Kraemer	18 ○
19	**Polenpartei** Dr. Domański — Dr. Kaczmarek — Olejniczak — Kwiatkowski	19 ○

Anmeldung von Schußwaffen und Munition

Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat durch Anordnungen vom 28. Dezember 1931 bzw. 11. Januar 1932 die Anmeldung aller unter das Schußwaffengesetz vom 12. April 1928 fallenden Schußwaffen und Munition bis zum 20. Januar 1932 angeordnet. Diese Anordnungen sehen nur einen bestimmten Zeitpunkt vor, bis zu dem Schußwaffen und Munition anzumelden waren. Bei dieser Regelung wurden Personen, die nach Ablauf der Anmeldefrist zuzogen oder Waffen und Munition erwarben, von der Anmeldepflicht nicht erfaßt. Hierdurch wurde der von der Verordnung verfolgte Zweck nicht erreicht.

Der Regierungspräsident hat daher angeordnet, daß Personen, die nach dem 20. Januar 1932 im Regierungsbezirk Düsseldorf zugezogen sind oder noch zuziehen werden oder Waffen und

Munition nach dem 20. Januar 1932 erworben haben oder noch erwerben werden, nunmehr den Besitz der Waffen und Munition anzumelden haben, und zwar innerhalb drei Tagen mündlich oder schriftlich bei der zuständigen Ortspolizeibehörde. Bei der Anmeldung ist die Fabrikmarke, die Fabriknummer, das Kaliber und die Stückzahl der Munition anzugeben. Wer die Anmeldung vorsätzlich unterläßt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Wer die Tat fahrlässig begeht, wird mit Geldstrafe bestraft. Neben der Strafe können die nichtangemeldeten Waffen usw. eingezogen werden, auch wenn sie dem Täter nicht gehören. Die Inhaber von Jagdscheinen sind bis 200 Schuß Jagdmunition von der Anmeldung freigestellt.

Westhilfe in den Grenzgebieten

Von Regierungsrat Dr. Schoor, Trier

Angesichts der ernsten Lage, in der sich die deutsche Bauernschaft nicht nur im Osten, sondern auch in den westlichen Grenzgebieten befindet, verdienen die Ausführungen Dr. Schoor's, als dem Generalreferenten für die Westhilfe bei der Regierung in Trier, besondere Aufmerksamkeit. Sie zeigen, wie zielbewußt für eine Rentabilitätssteigerung gearbeitet wird.

Magere Böden in gebirgiger Lage mit rauhem Klima und stark wechselnden Niederschlägen, außerordentlich ungünstige Besitzverteilung und Zersplitterung des Kleinbesitzes sind schon vor dem Kriege die ungünstigen Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft dieses Bezirks gewesen. Auch der Verlust an Absatzgebieten in den kaufkräftigen Industriezentren Luxemburgs, des Saargebiets und Lothringens infolge der neuen Grenzziehung mußten zur Erschütterung der Landwirtschaft in diesen Gebieten noch ihr übriges beitragen. 63 Prozent der Bevölkerung sind hier in der Landwirtschaft einschließlich des Weinbaues tätig. Gegenüber einem Reichsdurchschnitt von etwa 45 Prozent ergibt sich die besondere Bedeutung dieses Produktionszweiges für das Schicksal eines Landes. Maßnahmen der Reichs- und Staatsregierung werden in erster Linie ihr zwangsläufig zukommen müssen. Reich und Staat haben trotz ihrer ungünstigen Finanzlage in den letzten Jahren erhebliche öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt, die in Form von Zuschüssen in den Selbsthilfeaktionen der Landwirtschaft arbeiteten. Eine der ersten Voraussetzungen für eine rationelle Bewirtschaftung ist die beschleunigte Durchführung der Zusammenlegung der Grundstücke.

Wenn auf diesem Gebiete bisher die zuständigen Landeskulturbehörden so anerkennenswerte Leistungen vollbringen konnten, ist dies nur durch die Bereitstellung von Mitteln der Westhilfe möglich gewesen, die neben den laufenden Fonds gewährt wurde. Diese Arbeit soll von der Regierung auch weiterhin mit aller Entschiedenheit gefördert werden. Trotz ungünstigster natürlicher und wirtschaftlicher Bedingungen werden besonders in den Höhenlagen der Eifel und des Hunsrücks vielfach noch Flächen landwirtschaftlich benutzt, deren Ertrag mit Sicherheit regelmäßig vom Aufwand verschlungen wird. Hier muß eine großzügige Regelung der wirtschaftlich zweckmäßigsten Bodennutzung Platz greifen und die Umstellung eine friedliche Grenze schaffen zwischen Ackerland und natürlichem Dauergrünland (Wiesen oder Weiden). Auch Gebiete, die für Körnerbau ungeeignet sind, sollen auf Grünlandwirtschaft umgestellt werden, um dadurch eine Verbesserung der Futterbasis als Grundlage der kleinbäuerlichen Wirtschaft zu erreichen. So sind unter Mitwirkung der Grünlandaußenstellen des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen nicht nur zahlreiche vollwertige Wiesenflächen hergerichtet worden, sondern darüber hinaus auch durch erhebliche Zuschüsse der Reichs- und Staatsregierung für verbesserte und vermehrte Futterbeschaffung Sorge getragen worden. Genossenschaftlich betriebene Gemeindeweiden und neuangelegte Kreis- und Gemeindejungviehweiden tragen dazu zur weiteren Rationalisierung des vorhandenen Weidebetriebes auf gemeinschaftlich genutzter Fläche bei. Auch der Anlage von Viehkoppeln und Kleinsilos ist weitgehendste Förderung zuteil geworden. Im Rahmen dieser Maßnahmen ist somit die Finanzierung großzügiger Meliorationen durchgeführt worden, durch die nicht nur die Ertragsfähigkeit des vorhandenen Kulturlandes gesteigert, sondern überhaupt neues Kulturland gewonnen wurde, um die Ernährung auf eigener Scholle sicher zu stellen. Ungeeignete Flächen werden in Zukunft aufgeforstet.

Hand in Hand mit diesen Maßnahmen geht die Rationalisierung der Viehzucht. Hier sind erhebliche Zuschüsse zur Förderung der Rindvieh- und Schweinezucht und zur Verbesserung der Rationalisierung der Kleintierhaltung, besonders der Geflügelhaltung, bereitgestellt worden. Heute schon kann man auf eine durchaus rentable Erzeugung marktfähiger Frischeier rechnen. Auf Grund eines hierfür aufgestellten Programms sind aus Mitteln der Westhilfe zahlreichen Obstbauvereinen und Absatzgenossenschaften die notwendigen Beihilfen gewährt worden. Gerade auf diesem Gebiet ist in verhältnismäßig kurzer Zeit mit wirtschaftlichen Erträgen zu rechnen. Deshalb hat die Regierung auch noch in der Westhilfe 1931 beträchtliche Mittel für diesen Zweck vorgesehen.

Der Absatzsteigerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird besondere Förderung zuteil. Das gilt besonders für das Hauptprodukt der Höhengebiete des Grenzlandes, der Milch, die bis jetzt, von geringer Qualität, meist nur im Tauschhandel einen kleinen Erlös einbrachte. Im Einvernehmen mit allen beteiligten Stellen ist deshalb ein Molkereiprogramm aufgestellt worden, zu dessen Durchführung gleichfalls Reichs- und Staatsmittel zur Verfügung gestellt wurden und auch weiter zur Verfügung gestellt werden sollen. Die kürzlich eingeweihte moderne Molkerei in Laufeld verdankt diesen Maßnahmen ihr Entstehen. Zur Verbilligung des Absatzes aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird besondere Aufmerksamkeit dem Ausbau von Straßen und Wegen und der Behebung der Verkehrsnot in den Grenzgebieten gewidmet, Maßnahmen, die in der wirtschaftlich besser gestellten Vorkriegszeit näher gelegen haben sollten.

Erst kürzlich wurde die 30 km lange Straße Daun-Killburg dem Verkehr übergeben. Längs der Westgrenze sind die Obermosel und Sauertalstraßen in Angriff genommen und zum Teil bereits fertiggestellt. Durch die neue Mittelmoselstraße soll endlich dieses Gebiet dem Verkehrsnetz angeschlossen werden. Der Verbilligung der Produktionsprodukte dient auch der Ausbau von Weinbergen, der gleichfalls durch Bereitstellung von Reichs- und Staatsmitteln erheblichen Fortschritt gemacht hat.

Da das ganze Förderungsproblem der Landwirtschaft selbstverständlich auch eine Bildungs- und Erziehungsfrage ist, kommt den kulturellen Maßnahmen daneben eine erhöhte Bedeutung zu. Viele Volksschulen wurden geschaffen. Reich und Staat widmen ihre ganze Aufmerksamkeit den betriebswirtschaftlichen Schulen der weiblichen Landjugend. Bei all dem handelt es sich selbstverständlich um Hilfe auf lange Sicht, deren Erfolg sich erst nach und nach bemerkbar machen wird. Wenn Reich und Staat sich zu der Bereitstellung derartig erheblicher zusätzlicher Geldmittel und zur Inangriffnahme derartig großer Pläne bereitgefunden haben, ist zu wünschen, daß sie durch eine ruhige politische und wirtschaftliche Entwickelung auch weiterhin in die Lage versetzt werden, durch ihre zielklare Aufbauarbeit der notleidenden Landwirtschaft des Westgrenzgebietes die Hilfe zuteil werden zu lassen, deren dieses Bollwerk deutschen Volkstums und deutscher Kultur im Westen würdig ist.

Warnung an Hausangestellte

vor Zuzug nach Holland

Der Zuzug von arbeitsuchenden Hausangestellten aus Deutschland nach den Niederlanden hat in den letzten Wochen einen bedenklichen Umfang angenommen. Da selbst die seit längerer Zeit in Holland tätigen Hausangestellten infolge der wirtschaftlichen Krise stark abgebaut werden und nur schwer unter bedeutend ungünstigeren Bedingungen andere Stellungen finden, besteht für neueintreffende, oft ungenügend geschulte Kräfte augenblicklich so gut wie keine Aussicht, dort unterzukommen. Die geringen Barmittel, die sie mit sich führen, sind nach kurzer Zeit verbraucht, so daß sie dann, da die deutschen Wohlfahrtseinrichtungen durch die ständig wachsende Not der bereits im Lande befindlichen Personen schon derart in Anspruch genommen sind, daß sie den neu Hinzukommenden wirksame Hilfe nicht mehr leisten können, fast stets als lästige Ausländer von den niederländischen Behörden abgeschoben werden. Besondere Gefahr besteht für jugendliche weibliche Angestellte, deren Zahl unverhältnismäßig groß geworden ist. Vor der Auswanderung nach den Niederlanden wird eindringlich gewarnt.

Gefahren der ersten Weidetage

Mit dem April und dem Eintreten der wärmeren Jahreszeit beginnt auch der Wechsel der Tierfütterung, der Uebergang vom Stall zur Weide. Einiges Beachtenswerte sei dazu hier gesagt:

Der Wechsel der Fütterung bringt auch einen gewissen Wechsel der Lebensweise der Tiere mit sich. Dieser Wechsel muß nun vom Landwirt so gestaltet werden, daß er nicht zu schroff erfolgt. Als erstes ist für kühlere Ställe zu sorgen, um die Tiere allmählich an die Außentemperaturen zu gewöhnen. Auch soll die Weidezeit nur stundenweise verlängert werden. Die größte Beachtung erfordert der Futterwechsel. Wird hier gesündigt — was noch vielfach der Fall ist —, so treten beim Rindviehbestand Störungen ein, die sich in der Qualität und Quantität der Milch unangenehm bemerkbar machen. So ist z. B. das junge Weidegras sehr eiweishaltig. Erst langsam gewöhnt sich der Körper an die neue Nahrung. Die Fütterung ist dann zweckmäßig so einzuteilen, daß in den ersten Weidetagen Rauh- und Saftfutter beigefügt werden. Ist die Weidezeit schon länger im Gang, kann unbedenklich auch nachts geweidet werden; jedoch sind Witterungseinflüssen besonders Tiere mit hoher Milchleistung ausgesetzt. Bei anhaltendem Regen sollten die Tiere besser eingestallt werden. An heißen Tagen benutze man zur Weide am besten die Morgen- und Abendstunden, um die Tiere vor Hitze und Fliegenplage zu bewahren. Während der heißen Jahreszeit sollte der Stall möglichst kühl, dunkel und zugig gehalten werden. Fehlende Schuppen auf der Weide können durch Bäume sehr gut ersetzt werden, ebenso erweisen sich Sträucher sehr nützlich, an denen sich die Tiere von der Fliegenplage befreien können.

Für die Gesunderhaltung und Widerstandsfähigkeit der Tiere ist der Weidegang die bedeutendste Notwendigkeit; aber auch hier lauern Gefahren. So tritt oft durch schroffen Futterwechsel in der ersten Weidezeit die Grasseuche auf. Die Tiere zeigen sichtbare Ermattung und sinken rasch in der Milchleistung. Hier sollten die Tierhalter mehr Saft- und Rauhfutter geben und die Tiere vor Nässe und Kälte schützen. Weidefieber tritt bei den Tieren auf, die sich in einem schlechten Nahrungszustand befanden. Diese Tiere sollten sofort eingestallt und danach nur mit größter Vorsicht wieder an die Weide gewöhnt werden. Schweren Schaden beim Rindviehbestand hat auch der Leberegel angerichtet. Die Leberegel werden als Eier aufgenommen, die in Tümpeln und auf sumpfigen Wiesen besonders nach einer Regenperiode anzutreffen sind. Im Tierkörper entwickeln sich die Eier zu Würmern und dringen zur Leber vor. Die davon befallenen Tiere werden mit wurmtreibenden Mitteln behandelt; die sumpfigen Wiesen müssen drainiert und gekalkt werden. Eine schwere Plage ist für die Tiere auch die Dasselfliege, die jedoch erst im Hochsommer auftritt. Die auf dem Tierkörper abgelegten Eier entwickeln sich zu Larven, bohren sich ein und richten im Körper der befallenen Tiere großen Schaden an. Die aus dem Tierkörper herauszudrückenden Larven müssen beseitigt, die sich bildenden Beulen mit Teer oder Kollodium bestrichen werden. Weiter werden die Larven durch sogen. Dasselstäbchen zum Absterben gebracht.

Rote-Kreuz-Scheinwerfer

Um bei dringenden Krankenbesuchen den Aerzten jede Zeitversäumnis zu ersparen, hat die Polizei genehmigt, daß am Kotflügel der Aerzteautos eine Lampe mit rotem Kreuz auf grünem Grunde angebracht wird, welche an Straßenkreuzungen eingeschaltet wird. Die Verkehrsposten haben Anweisung, solche Wagen auch bei rotem Licht passieren zu lassen.

Aus der Heimat

Zur großen Armee abberufen

wurde am gestrigen frühen Morgen im hohen Alter von beinahe 84 Jahren unser lieber Mitbürger Herr Albert Liesendahl, Veteran von 1870/71. Mit dem Ableben des Verstorbenen ist das kleine Häuflein unserer wackeren Veteranen auf fünf zusammengeschrumpft. Herr Liesendahl wird am kommenden Donnerstag zur letzten Ruhe gebettet. Möge ihm die Erde leicht sein!

Steuern werden angemahnt

Die Rückstände an Grundvermögens- und Hauszinssteuer für den Monat April werden im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe öffentlich angemahnt.

Nach den bestehenden Vorschriften müssen die Steuern für das neue Rechnungsjahr, solange die Veranlagungen noch nicht erfolgt und die Steuerbescheide noch nicht zugestellt sind, aufgrund der vorjährigen Veranlagungen zu den üblichen Terminen weiter gezahlt werden. Es ist dies auch auf der Rückseite der Steuerzettel für 1931 angegeben. Bei unterlassener Weiterzahlung muß kostenpflichtige Zwangsbeitreibung erfolgen.

Auswärtige Hebetermine

Die hiesige Stadtkasse hat auswärtige Hebetermine festgesetzt auf Donnerstag, den 21. April, in Hilgen in der Wirtschaft Hirschfelder und auf Freitag, den 22. April, in Dierath in der Wirtschaft Busch, jedesmal von 2—5 Uhr nachmittags.

Landtagswahl von 8 bis 5 Uhr

Während die Reichspräsidentenwahl (1. und 2. Wahlgang) von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr dauerte, beginnt die Wahlhandlung bei den Landtagswahlen am kommenden Sonntag schon vormittags um 8 Uhr und wird um 5 Uhr nachmittags geschlossen.

Kundgebung der NSDAP

In öffentlicher Kundgebung der NSDAP am heutigen Dienstag, abends 8,30 Uhr, sprechen in der „Alten Post" (Inh. Wwe. H. Urbahn) Pgn. Frau Optehostert-Homberg über das Thema „Die Frau im Dritten Reich" und Pg. Ernst Bollmann-Mörs über „Wir im Landtag".

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Dr. Wolski's Simultanspiel

Der am vergangenen Sonntag stattgefundene Simultan-Kampf Dr. Wolski's hatte etwa 40 Spieler und Zuschauer angelockt, die auch, da Herr Dr. Wolski sein bestes Schach demonstrierte, einen seltenen Genuß hatten. Nachdem Herr Kuhlen im Namen der Burscheider Schachfreunde 1929 Herrn Dr. Wolski freundlichst begrüßt und die grundlegenden Schachregeln kurz erläutert hatte, konnte dann das Ringen um die Punkte beginnen. Schon nach einer knappen Stunde war der erste Punkt für Dr. Wolski gewonnen und nach vierstündigem Kampf waren nur noch einige Partien offen. Herr Breidenbach, der in der Figurenstärke mit Dr. Wolski gleichstand, gelang es dann als erstem durch scharf kombinierte Züge ein zwangsläufiges Matt zu erzwingen. In der Partie Dr. Linder gelang es dann Dr. Linder durch ein Mehr von zwei Bauern die Partie regulär zu gewinnen. Bei der Partie Kuhlen opferte Dr. Wolski seine Dame, gewann jedoch dadurch eine Stellung, die für Herrn Kuhlen recht brenzlich wurde. Kuhlen gelang es jedoch nach hartem Kampf sich aus der Umklammerung Dr. Wolski's zu befreien, und damit war es für

Der Kreiskriegerverband in Ohligs

Im Lokale Busch in Solingen-Ohligs versammelten sich Sonntag nachmittag die Abgeordneten der dem Kreiskrieger-Verband angeschlossenen Kriegervereine. Nach der Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden, Major Andree (Leverkusen), fand zunächst eine Vorbesprechung über den vorliegenden Haushaltsplan und die vom Kassenführer vorgelegte Bilanz statt. Der Antrag, einen Rücklagestock von 2000 Mark zu bilden, der nur im Falle äußerster Not und nur mit Genehmigung des Vertretertages angegriffen werden darf, wurde stattgegeben. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Beitragsermäßigungen wurden gutgeheißen. Die Ermäßigung erfolgt von 1,37 auf 1,22 Mark pro Jahr und Mitglied. Ein Vorschlag, den an Beiträgen ersparten Betrag der Jugendbewegung zukommen zu lassen, verfiel in der nachfolgenden Vertreterversammlung der Ablehnung.

Die anschließende Hauptversammlung leitete ein Männerquartett der Bergischen Quartettvereinigung mit zwei Liedern ein. Bankdirektor a. D. Mischke (Wald) gedachte der zehnjährigen Tätigkeit des Vorsitzenden, Major Andree, und dankte ihm mit herzlichen Worten für alles, was er bisher für den Kreisverband geleistet hat. Die vorliegenden Niederschriften des letzten Vertretertages wurden angenommen. Zum Kassenbericht erklärten die Kassenprüfer, daß die von dem Kameraden Berghausen (Leverkusen) geführte Kasse in mustergültiger Ordnung befunden worden sei. Die beantragte Entlastung wurde einstimmig genehmigt.

Der Landwehr- und Kriegerverein Solingen-Gräfrath hatte beantragt, einen Beschluß darüber herbeizuführen, ob es für die Vereine von Groß-Solingen zweckmäßig sei, sich dem Stadtverband Groß-Solingen anzuschließen. Bei diesem Punkte entspann sich eine lebhafte Aussprache, die teilweise sehr drastisch geführt wurde. Ein Walder Kriegervereinsmitglied meinte: „Wir wollen uns nicht eingemeinden lassen, einmal sind wir nach Solingen eingemeindet worden, das genügt uns für alle Zeiten!" An Stelle eines ausgeschiedenen Beisitzers wurde der Ehrenvorsitzende des Langenfelder Vereins, Meier, in den Vorstand hinzugewählt. Angeregt wurde, den Reichs-Kriegertag in Dortmund, der am 3. Juli stattfindet, zu besuchen. Der Vorstand wurde beauftragt, wegen Gestellung eines Sonderzuges schon frühzeitig das Erforderliche zu veranlassen. Ueber die Haltung des Bezirksverbandes bei der Reichspräsidentenwahl und über die Kundgebung des Generals von Horn entspann sich eine lebhafte Aussprache, die jedoch einen versöhnlichen Ausklang fand. Von 39 angeschlossenen Vereinen mit einer Gesamtmitgliederzahl von 3755 waren 37 Vereine vertreten, ein Beweis dafür, daß der Kyffhäusergedanke im Bergischen Land festen Fuß gefaßt hat.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst und Gemüseverwertungsgenossenschaft, Opladen

Spätkartoffeln 3,9—4,3; Sommerspinat 2,3—3,9; Feldsalat 4,3—7,7; Wirsing grün 5,7—6,7; Dauerrotkohl 4—6,1; Weißkohl 5,2—5,5; Grünkohl 2,7—4,9; Rote Möhren 4,3—6,5; Rübstiel 6,3—8,5; Schnittgemüse 8,1—10,8; Radieschen 4—6,1; Sellerie 20; Porree 3,5—5,5; Treibhausgurken 32—40; Eier 4,6—5,7; Enteneier 5—5,3.

Tendenz: Anfuhr gut, Nachfrage gut.

Nächste Versteigerung: Donnerstag, den 21. April.

Kuhlen leicht durch seine Figuren-Uebermacht, die Partie durch ein ersticktes Matt für sich zu buchen. Die letzte Partie von Müller wurde dann von Dr. Wolski durch die Uebermacht von zwei Läufern rasch gewonnen, und hatte der Schachmeister der Schachgem. Solingen-Lennep von 32 Partien 29 gewonnen und nur drei verloren, womit derselbe recht zufrieden sein kann.

Herr Kuhlen dankte zum Schluß herzlich Dr. Wolski, der in ganz uneigennütziger Weise sich den Burscheider Schachfreunden 1929 zur Verfügung gestellt hatte und schloß mit dem Wunsche, daß durch diesen interessanten Simultankampf, das königliche Schachspiel auch in Burscheid neue Anhänger finden möge.

Ruhiges Geschäft auf der Frühjahrsmesse

Nach dem außerordentlich guten Besuch am Eröffnungssonntag war es am Montag ziemlich ruhig. Die Sonderausstellungen erregen nach wie vor starkes Interesse. Immerhin dürfte die Möbelmesse dem ganzen ihren Stempel aufdrücken. Noch selten sind so große Anstrengungen gemacht worden wie in diesem Jahre, sowohl was Auswahl als auch was Preise angeht. Bemerkenswert ist das Interesse des Auslandes, besonders Belgiens und Hollands für deutsche Möbel, ein Beweis dafür, daß hier wirklich Qualitätsware zu Preisen angeboten wird, die der beste Gradmesser für die Notlage und den Willen zur Belebung der Geschäftstätigkeit in der Möbelindustrie sind.

Erholungsurlaub der preußischen Beamten

Das Preußische Staatsministerium hat beschlossen: Für das Rechnungsjahr 1932 verbleibt es bei den bisherigen Urlaubsbestimmungen mit der Maßgabe, daß Beamten, die durch den Verlust von Zulagen nach der Sparverordnung vom 12. September 1931 in eine niedrigere Urlaubsklasse einzureihen wären, der bisher bewilligte Urlaub in diesem Jahre gewährt werden kann.

Handelskammer-Umlage genehmigt

Der gegenüber dem Vorjahre um 22 Prozent gesenkte Haushaltsplan der Kammer für das Rechnungsjahr 1932/33 wurde in der Vollversammlung am 18. März 1932 angenommen. Gleichzeitig wurde beschlossen, eine Umlage von 17 Prozent der Gewerbesteuergrundbeträge zu erheben. Die Erhebung dieser Umlage ist vom Minister für Handel und Gewerbe unterm 31. März 1932 genehmigt worden.

Sachverständige für Milchhandel

Wer einen Milchhandel anfangen will, muß sich an die Behörde um Genehmigung wenden. Diese hört zuvor einen Sachverständigen, der amtlicherseits angestellt wird. Für unseren Bezirk ist als Sachverständiger Herr Walter Haas, Opladen, Wilhelmstraße 30, benannt. Sein Stellvertreter ist Herr Gerhard Mangelmann in Kuckenberg.

Landeseisenbahnrat und Wasserbeirat

Die Industrie- und Handelskammer hat in ihrer letzten Vollsitzung beschlossen, den geheimen Regierungsrat Professor Dr. Duisberg als Mitglied und den Fabrikanten Theodor Wuppermann (senior) als stellvertretendes Mitglied in den Landeseisenbahnrat zu entsenden. Ferner wurde Geheimrat Duisberg als Vertreter der Kammer im Wasserbeirat für die Rheinprovinz wiedergewählt.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Hühner gestohlen

Opladen, 19. April. In der Nacht zum 16. wurden einem Landwirt in Lützenkirchen 20 Rodeländerhühner und ein Susexhahn gestohlen. Der Schaden beträgt etwa 70 Mark. Die Täter sind nicht bekannt.

Schmuggelware beschlagnahmt

Opladen, 19. April. Bei einem hiesigen Einwohner wurde eine Menge Tabakwaren beschlagnahmt. Es handelt sich um belgische Ware, die geschmuggelt war. Die geschmuggelte Ware wurde in Opladen umgesetzt. Ein Strafverfahren ist eingeleitet worden.

Abgeurteilte Diebe

Leverkusen-Schlebusch, 19. April. Die 21jährigen Arbeiter Johann Bender und Arno Messerschmidt hatten sich gestern vor dem Düsseldorfer Schöffengericht wegen einer Reihe von Einbruchsdiebstählen und Lastwagenberaubungen zu verantworten. Der Hehlerei beschuldigt erschien die Mutter des Messerschmidt ebenfalls vor Gericht. Sein 15jähriger Bruder, der bei fast allen Diebstählen „Schmiere stand", wird sich vor dem Jugendgericht verantworten müssen. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der Täter fünf Jahre Zuchthaus, fünfjährigen Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Gericht billigte beiden Angeklagten noch einmal mildernde Umstände zu und verurteilte Bender und Messerschmidt zu je drei Jahren Gefängnis. Die Mutter des Messerschmidt wurde wegen fortgesetzter Hehlerei zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Im Mai werden sich die beiden 21jährigen wegen Raubmords, begangen an der 79jährigen Margarete Esser in Schlebusch, vor dem Düsseldorfer Schwurgericht zu verantworten haben.

Fahrradmarder gefaßt

Leverkusen, 19. April. Hier wurde einem „erfolgreichen" Fahrradmarder, der noch in den letzten Tagen zwei Fahrräder stahl, das Handwerk gelegt und der Polizei übergeben. Er gibt an, die gestohlenen Fahrräder in Köln zu 8—12 RM verkauft zu haben. Ein zweiter Fahrraddieb konnte später ebenfalls verhaftet werden.

Ein trauriges Ende

Leverkusen, 19. April. Seit Ostersonntag wurde der Kaufmann Karl St. aus L.-Küppersteg vermißt. Man nahm gleich an, daß der Vermißte sich ein Leid angetan habe. Diese Vermutung wurde jetzt zur traurigen Gewißheit; aus dem Rhein wurde bei Duisburg-Hamborn eine Leiche gelandet, die als die des St. anerkannt wurde. Was St. in den Tod getrieben hat, ist noch unbekannt.

Tote Aale in der Dhün

Leverkusen, 19. April. Seit einiger Zeit werden in der Dhün tote Aale beobachtet. Man schickte einen der Fische in die Brutanstalt in Hamberg und auch zum Fischerei-Verein in Köln, wo eine Untersuchung erfolgen wird, um die Ursache dieses „Fischsterbens" festzustellen.

Auch Kupferdraht wird gestohlen

Leverkusen, 19. April. In einer der letzten Nächte wurden von unbekannten Tätern etwa 150 Meter Kupferseile aus den Erdungen der 100 000 und 200 000-Volt-Leitungen zwischen Schloß Reuschenberg und der Badeanstalt „Waldwinkel" herausgeschnitten und gestohlen. Die Kupferseile waren 10adrig und hatten einen Querschnitt von 50 qmm. Vor Ankauf des Metalls wird gewarnt.

Schmuggler festgenommen

Radevormwald, 19. April. Wegen Handels mit Schmuggelware wurde hier an der Lesehalle (Stempelhalle) ein auswärtiger Mann festgenommen. Als die Polizei zur Festnahme schritt, hatte der Mann seine Zigaretten, die er von dem großen Unbekannten gekauft haben will, bis auf wenige schon veräußert.

Aus der näheren Umgebung

Wuppertal

Auf die schiefe Bahn geraten

Von Polizeibeamten wurden hier drei Einbrecher überrascht, als sie versuchten, in ein Geschäft einzudringen. Während zwei der Einbrecher sich noch auf der Straße befanden, hatte der dritte bereits durch ein Fenster das Innere des Ladens erreicht. Die Polizeibeamten bewachten bis zum Eintreffen des Geschäftsinhabers den Laden, um eine Flucht des in dem Geschäft befindlichen Diebes zu verhindern. Als am Morgen der Laden geöffnet wurde, fand man den Einbrecher mit einem Gasschlauch im Munde vor. Er war nur betäubt und konnte bald ins Leben zurückgerufen werden. Wie verlautet, soll es sich um einen noch nicht vorbestraften jungen Mann handeln, der wahrscheinlich durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse auf die schiefe Bahn gekommen ist.

Düsseldorf

Freitod im Rhein

In den späten Abendstunden des Sonntags stürzte sich von der Landebrücke am Mühlenturm in Kaiserswerth ein Mann im Alter von ungefähr 50 Jahren in selbstmörderischer Absicht in den Rhein. Der Unbekannte ertrank, ehe Hilfe zur Stelle war. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Köln

Sie wollten am hellen Tag gleich 10 Kisten Käse stehlen

Am Samstag, gegen 11 Uhr, erbrachen drei Diebe in der Zeppelinstraße einen Lieferkraftwagen und entwendeten zehn Kisten Käse. Einem des Weges kommenden Polizeibeamten kam der Abtransport verdächtig vor. Er verfolgte die Diebe, die ihre Beute wegwarfen, als sie sich erkannt sahen. Trotzdem der Beamte zwei Schüsse abgegeben hatte, entkamen die Burschen.

Infolge Verwechslung seine Frau erschossen

Saarbrücken, 19. April. Infolge einer tragischen Verwechslung hat in der Nacht von Sonntag auf Montag der Kaufmann Jakob Ackermann aus Quierschied seine Frau erschossen. Frau Ackermann war aus dem Bett aufgestanden, um das Schlafzimmerfenster zu schließen. Durch das dabei verursachte Geräusch wurde Ackermann gleichfalls wach und bemerkte im schlaftrunkenen Zustand eine Gestalt am Fenster, auf die er sofort einen Schuß abgab. Frau Ackermann sank zu Tode getroffen zu Boden. Die Kugel war ihr durch die Brust gedrungen.

Das Neueste

In Grdzisk bei Warschau kam es gestern zwischen einigen hundert Arbeitslosen und der Polizei zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Arbeitslosen versammelten sich vor dem Magistrat und versuchten, in das Innere des Gebäudes einzudringen. Als ihnen eine Polizei-Abteilung den Eintritt verwehrte, wurde sie mit Steinen beworfen. Daraufhin machten die Beamten von der Waffe Gebrauch und gaben einige Schüsse in die Menge ab. Ein Arbeiter wurde schwer, mehrere leicht verletzt. Zwei Polizisten trugen Verletzungen davon.

Eine von den polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität eingebrachte Klage gegen die Sejmwahlen im Bezirk Graudenz ist vom Obersten polnischen Gericht abgewiesen worden.

Zu den Genfer Abrüstungsberatungen schreibt die „Times", die allgemeine Kommission habe gestern gute Fortschritte gemacht, wozu die versöhnliche Rede Nadolnys beigetragen habe.

In unmittelbarer Nähe von Grenoble ereignete sich am Montag bei Bauarbeiten ein Erdrutsch, wobei drei Arbeiter verschüttet wurden, die nur noch als Leichen geborgen werden konnten.

Die englischen Zollbehörden haben vom Schatzministerium Anweisung erhalten, sich für Aenderungen in den Zollsätzen bereit zu halten. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß ein Schutzzoll von 33$^1/_3$ v. H. für Stahl und Eisen vorgesehen sein soll.

In der englischen Kabinettssitzung am Montag-Abend ist es dem „Daily Expreß" zufolge vor allem wegen der Zollpolitik zu Unstimmigkeiten gekommen, so daß mehrere Minister mit ihrem Rücktritt gedroht haben sollen.

In London verlautet, daß die Türkei ernstlich einen baldigen Eintritt in den Völkerbund erwägt.

Im südafrikanischen Repräsentantenhaus in Kapstadt erhob der Führer der südafrikanischen Partei, General Smuts, scharfe Vorwürfe gegen die Regierung wegen ihrer Zustimmung zum Gebrauch der deutschen Sprache als dritte Amtssprache in Südwestafrika.

Die Lage bei Amoy ist in den letzten Tagen sehr bedrohlich geworden. Die 30 000 Mann starke kommunistische Armee hat die benachbarte Stadt Lungyen eingenommen.

In Südost-Fukien sind 30 000 Mann gut ausgerüsteter Truppen eingerückt, die anscheinend gegen die Zentralregierung revoltieren.

In einem Vorort von Tokio flog heute früh aus noch unbekannten Gründen ein Munitionsdepot in die Luft. Die Zahl der Opfer an Menschenleben ist noch nicht festgestellt.

Nach einer Reutermeldung aus Santiago de Chile geht Chile von der Goldwährung ab.

Haussuchung bei Kommunisten

Polizeiliche Aktion in ganz Preußen gegen die Kommunisten

Aus Berlin wird gemeldet, daß für ganz Preußen eine polizeiliche Aktion bei kommunistischen Funktionären angeordnet ist, die seit heute früh bereits durchgeführt wird.

Die Durchsuchungsaktion der politischen Polizei bei verschiedenen kommunistischen Organisationen in Berlin erstreckt sich bisher auf etwa 30 bis 40 Geschäftsstellen des kommunistischen Arbeiter-Schützenbundes und des sogenannten Antifaschistischen Kampfbundes. Das Karl Liebknecht-Haus und die ausgesprochenen Arbeiter-Sportvereine werden von der Durchsuchung jedoch nicht betroffen. Es ist bisher zahlreiches Akten- und Schriftmaterial beschlagnahmt worden, dessen Prüfung erst ergeben wird, ob in diesen Organisationen der verbotene Rotfrontkämpferbund illegal weitergeführt wird.

Erfolg der Abrüstungskonferenz

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz in Genf wurde heute Morgen die Entschließung über die etappenweise Abrüstung und die Notwendigkeit eines ersten entscheidenden Schrittes zur Herabsetzung der Rüstungen auf den niedrigsten Stand angenommen.

Das Wetter von heute und morgen

Noch etwas wärmer, teils heiter, teils wollig, keine nennenswerten Niederschläge, leichte südwestliche Winde.

Ein Radiobastler hilft einem gefährdeten Flieger

Aus London wird gemeldet: Ein Radiobastler spielte bei der sicheren Landung eines Flugzeuges, dessen Führer infolge Maschinendefektes in der Nähe von Reading in Schwierigkeiten geraten war, eine wichtige Rolle. Er fing die SOS-Rufe des Flugzeugführers auf, informierte sofort das Telefonamt von Reading, das die Meldung an den Flugplatz von Croydon weiterleitete. Es stellte sich heraus, daß ein Flugzeug überfällig war. Als der Radiobastler in Verbindung mit dem Telefonamt war, hörte er ein Flugzeug. Er setzte sich mit dem Flugplatz in der Nähe von Reading in Verbindung. Die Flugplatzbehörde requirierte eine Anzahl Autos und mit Hilfe der Autoscheinwerfer gelang es, dem Piloten eine sichere Landung zu ermöglichen.

Flugzeugunglück in Italien — 3 Tote

Bei einem Probeflug über dem Flughafen Orbetello schlug ein Wasserflugzeug in voller Geschwindigkeit auf die Wasserfläche und überschlug sich. Drei Insassen wurden getötet, zwei schwer verletzt.

Reichshilfe für Seeschiffahrt

Wie das Wolffbüro hört, hat die Reichsregierung von der Garantieermächtigung über 77 Millionen RM. zur Stützung der Seeschiffahrt 7 Millionen RM. für die mittleren und kleineren Linienreeder und die Trampreeder bestimmt.

Aus den Parteien

Man schreibt uns: In einer am Sonntag stattgefundenen gutbesuchten Versammlung der Volksrecht-Partei hielt der bekannte Führer der Inflationsgeschädigten, Landtagsabgeordneter Major a. D. Pohl, ein etwa zweistündiges Referat über das Thema: „Verfassung, Eigentum, Währung und Recht". Redner beschäftigte sich zunächst mit der willkürlichen Handhabung der Verfassung, die von Interessenhaufen immer wieder umgebogen und für eigennützige Zwecke mißbraucht werde, und zog daraus den Schluß, daß es nur besser werden könne, wenn Deutschland eine vollkommen unabhängige überparteiliche Regierung bekomme. Man schimpfe wohl auf das System, die Parteibuchbeamten und die Bonzen, aber das nütze alles nichts, wenn man an Stelle der einen Bonzen die andern Bonzen und Parteigänger setze. Den Sozialismus in jeder Form lehnte der Redner ab. Dieser führe seiner Meinung nach immer zur Mißwirtschaft, zur Enteignung und zur Vergewaltigung der fleißigen und sparsamen Volksschichten. Nur eine freie Wirtschaft könne ein freies Volk schaffen. Scharfe Worte fand der Redner auch für die Zins- und Kreditpolitik der Landesbank und lehnte in diesem Zusammenhange die Bürgersteuer ab. Eindringlich warnte der rheinische Sparerführer vor einer neuen Inflation; die einmal betrogenen Sparer würden etwaigen Inflationsplänen gegenüber sofort parieren und den allgemeinen Sparerstreik ausrufen; dann möge man sehen, wie weit man ohne die Sparer komme. Es seien ja Leute beim Reichskanzler gewesen, die erklärt hätten, die Sparer könnten noch einmal von vorne anfangen. Auch die Politik der öffentlichen Sparkassen den Sparern gegenüber habe jedes Vertrauen zerstört und zwinge die Sparer, ihr Geld in eigene Verwaltung zu nehmen und den Gedanken der Genossenschaftskassen immer weiter auszubauen. Das Recht sei die Grundlage jedes gesunden Staatswesens. Sparsamkeit, Pflichtgefühl und der altpreußische Wahlspruch: „Jedem das Seine!" habe Preußen einst hoch gebracht. So müsse es wieder werden. Bei den kommenden Landtagswahlen müsse jeder Sparer seine Pflicht tun und die Volksrecht-Partei, die Liste 5a. wählen. Diesmal gehe keine Sparerstimme infolge eines taktischen Wahlbündnisses verloren. Ueberall stehe der unermüdliche Kämpfer für Volksrecht, der Schöpfer der Sozialgesetze, Graf v. Posadowsky, auf den Wahlvorschlägen an erster Stelle. Diesmal gehe es um grundsätzliche weltanschauliche Fragen. Im alten Preußen sei der Eigentumsbegriff fest verankert gewesen.

Der Vortrag fand reichen Beifall. Zur Diskussion meldete sich niemand. Es lag aber eine Anfrage vor, ob die Einlagen bei der Schutzsparkasse auch im Falle der Abschaffung der Goldwährung gesichert wären. Redner bejahte dies unter Begründung der in den Hypothekenverträgen aufgenommenen Miteigentums- und Rückzahlungsklauseln.

Der Ortsgruppenvorsitzende konnte dann die ruhig und harmonisch verlaufene Wahlkundgebung mit folgendem Spruch schließen:

Geht an die Urne Mann für Mann
Und wählt den alten Grafen;
Ein neuer bess'rer Tag bricht an,
Das Unrecht muß sich strafen.
Denn Volksbetrug und Teufelslist
Kann nicht bestehn auf Erden;
Was Preußen einst gewesen ist,
Das soll es wieder werden.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Traurig schüttelte der Hüne den Kopf. „Nein, es geht nicht. Seien Sie damit zufrieden, daß uns der große Karner erhalten geblieben ist, und wünschen Sie nicht, ihn jetzt zu sehen."

„Warum nicht, Herr Hallenbach?" fragte sie voll geheimer Angst.

„Weil . . . Herr Karner gelähmt ist!" sagte er mit weggewandtem Gesicht.

Gelähmt! Sie begriff das harte Wort nicht und starrte ihn an in wortlosem Entsetzen.

Hallenbach sah, wie furchtbar seine Eröffnung auf Anne wirkte, und es tat ihm weh, er bereute, daß er es ausgesprochen hatte.

„Fräulein Anne, wir müssen die Zähne zusammenbeißen und stark sein . . . und glauben. Es ist die traurige Wahrheit, was ich Ihnen sagte. Aber wir wollen hoffen, daß Herr Karner bald wieder gesund vor uns steht."

Sie nickte krampfhaft. Aufschreien hätte sie können in ihrem maßlosen Schmerz, aber sie zwang sich, denn sie sah, wie der hühnenhafte Mann vor ihr litt.

„Sie . . . hoffen . . .?" fragte sie leise.

„Felsenfest! Herr Karma ist jetzt mit dem indischen Arzt Abade bei ihm. Warten Sie, Fräulein Anne, bis sie zurückkommen. Fragen Sie dann! Ich wage es nicht, denn ich fürchte, sie könnten meine Hoffnung erschlagen. Vielleicht spricht Karma zu Ihnen."

Anne blickte stumm und atmete auf. Sie setzte sich, während Hallenbach weiter Heinze instruierte.

Noch nie hatte Anne das Warten, Minute um Minute, Stunde um Stunde, so hart empfunden wie an diesem Tage.

Ihr Herz schlug heftig, als nach dreistündigem Warten der Inder Karma mit dem Arzt Abade, einem kleinen vertrockneten Männchen von uraltem Aussehen, in das Zimmer trat.

Karmas Antlitz war unbewegt wie immer, während auf des Arztes Zügen eine gewisse Befriedigung lag.

Auch als Karma das junge Mädchen grüßte, änderte sich sein starres Gesicht nicht.

Anne kämpfte mit sich. Sie wollte fragen, aber das ernste Wesen Karmas ertötete das Wort, den Willen in ihr.

Hallenbach sah den Kampf des Mädchens, sah ihren hilfesuchenden Blick. Er nickte ihr aufmunternd zu und verließ plötzlich mit Heinze das Zimmer.

Da faßte sich das Mädchen ein Herz und fragte: „Darf ich . . Herrn Karner sehen?"

Doch Karma schüttelte den Kopf. „Es geht nicht, Fräulein Walthaus," sagte er dann herzlicher, als man es ihm zugetraut hätte.

„Wie geht es ihm, Herr Karma?"

Karma warf dem Arzt einen fragenden Blick zu. Abade nickte.

„Sie brauchen um sein Leben keine Sorge mehr zu haben."

Anne nickte glückselig, dann aber kam die Angst wieder.

„Und . . . und wird er wieder . . . ganz gesund werden, wie er früher war?"

Wieder fragte Karmas Blick den Arzt, und wieder nickte Abade.

„Es ist anzunehmen, daß Herr Karner seine alte Gesundheit wiedererlangt. Heute ist er noch gelähmt . . . aber Bruder Abade hofft, daß er nach seiner Behandlung bald seine Gliedmaßen wieder gebrauchen kann. Bis zur vollen Gesundung . . . wird es vielleicht sehr, sehr lange dauern."

Da überwältigte die Freude Anne so heftig, daß sie in ein heftiges Schluchzen ausbrach. Sie vermochte nicht, der Tränen Einhalt zu gebieten.

Als sie sich endlich wieder gefaßt hatte, trafen sie die ernsten Augen Karmas.

„Sie . . . lieben Bruder Karner?"

Sie erschrak unter dieser Frage, aber sie vermochte nicht zu lügen und stammelte hilflos: „Ich . . . liebe ihn!"

Härter schienen des Inders Züge zu werden.

„Werden Sie stark genug sein, um zu verzichten, Anne Walthaus."

Sie hörte das Wort wie in halber Betäubung. Hart schlug es an ihr Ohr: Verzichten!

„Das Werk des großen Karners ist noch nicht vollendet. Sie dürfen ihm nicht in den Arm fallen, Anne Walthaus."

Da richtete das junge Mädchen die leuchtenden Augen auf den Inder und sagte fest: „Ich will ihm dienen! Nur dienen, damit er sein großes Werk vollende."

Heiliger, eherner Wille war in dem schlicht gesprochenen Wort, dem aller Pathos fehlte, so daß der Inder dankbar ihre Hand nahm und sie drückte.

„Anne Walthaus!" sagte er sehr ernst. „Sie tragen das Härteste! Aber ihre Augen sind stark wie die unseres Bruders Karner. Ich will glauben, daß Sie das Größte vermögen."

Dann war Anne allein.

Als Hallenbach, der draußen mit dem Arzt Abade noch ein paar Worte gewechselt hatte, wieder vor ihr stand, hatte sie ihre Fassung wieder gefunden.

„Jetzt ist uns beiden wohler, Fräulein Anne!" sagte



Dr. Schacht spricht im Internationalen Radio-Forum

Der ehemalige amerikanische Gesandte in Stockholm, Ira Nekon Morris (links), hat das Internationale Radio-Forum gegründet, das die Menschen aller Länder durch das Radio näherbringen und so zur Völkerverständigung beitragen soll. Als erster Sprecher dieser neuen Einrichtung hielt der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht (rechts) einen Vortrag über Probleme der deutschen Wirtschaft in englischer Sprache. Das Referat wurde von Berlin auf alle amerikanischen Sender übertragen

Der grosse Karner

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

27

Hallenbach herzlich. „Gott sei Dank! Mir ist ein Stein vom Herzen. Jetzt macht es mir wieder Freude zu schaffen. Gottlob!"

Sie nickte noch ganz verwirrt und strich das Braunhaar aus dem freudeverklärten Gesicht.

„Wenn ich ihn pflegen dürfte!" sagte sie inbrünstig.

Hallenbach schüttelte den Kopf. „Das hat Karma verboten. Frau Heyse versorgt Herrn Karner. Der Arzt hat ihr selbst alle Anweisungen gegeben. In den nächsten acht Tagen werden wir alle Herrn Karner nicht sehen. Nur Frau Heyse darf zu ihm."

„Haben Sie . . . Herrn Karner gesehen?" fragte Anne leise.

„Ja! Und ich werde das Entsetzen darüber nicht los. Danken Sie Gott, daß Ihnen dieser furchtbare Anblick, der auch Frau Heyse erst fassungslos gemacht hat, erspart geblieben ist."

Dann verabschiedete sich Anne und suchte Frau Heyse auf. Die war in der Küche beschäftigt und gab gerade dem indischen Dienstmädchen verschiedene Aufträge.

Als sie Anne sah, begrüßte sie das junge Mädchen mütterlich.

„Sie waren gewiß bei Herrn Hallenbach, Fräulein Anne?"

Das Mädchen nickte.

„Das sehe ich Ihnen an, daß Sie die Sorge um Herrn Karner nicht in Ruhe ließ. Ich habe ja auch die ganze Nacht nicht geschlafen. Doch jetzt bin ich wieder froher!"

Die Worte taten wohl. Leise und schüchtern fragte Anne: „Wie geht es Herrn Karner?"

„Besser, Fräulein Anne. Der Arzt hat eine Blutüberführung vorgenommen, und das furchtbare Aussehen des Herrn Karner ist damit wie verschwunden. Herr Karner sah wie eine Mumie aus, zusammengeschrumpft und verbrannt. Jetzt, nach der Blutüberführung — Herr Hallenbach hat sich zur Verfügung gestellt — sieht er wieder viel, viel besser aus."

Anne hörte dankbar die beruhigenden Worte der Frau.

„Herr Hallenbach hat mir nichts davon erzählt."

„Das glaube ich! Sonst wäre es auch nicht Herr Hallenbach. Den kenne ich. Der schuftet für zwei, ließe sich für Herrn Karner die Hand abhacken, dem wäre es das Peinlichste, wenn er über das Geleistete etwas sprechen sollte."

„Ich weiß es! Das leuchtet mir ein, Frau Heyse. Herr Hallenbach ist doch Herrn Karners bester Mitarbeiter."

„Das wird jeder anerkennen."

* * *

Eine Stunde später empfing Hallenbach die Journalisten.

„Bitte, was wünschen Sie zu wissen, meine Herren? Ich stehe Ihnen für ein paar Fragen zur Verfügung."

„Wie ist das Befinden des Herrn Karner?"

„Gut! Es besteht keine Lebensgefahr mehr."

Wie ein Aufatmen ging es durch die Journalisten.

„Ist mit einer völligen Gesundung zu rechnen?"

„Nach Aussage des Arztes: Ja!"

„Wird es lange dauern?"

„Das weiß ich nicht!" wich Hallenbach aus.

„Wer hat jetzt die Oberleitung über das Werk?"

„Herr Karner hat mir alle Vollmachten erteilt?"

Die Hochachtung vor dem blonden Hünen wuchs.

„Wo befand sich Karner nach seinem sensationellen Verschwinden?"

„Darüber hat sich Herr Karner noch nicht geäußert."

Weiter gingen die Fragen, bis Hallenbach nach etwa 20 Minuten die Uhr zog und ruhig sagte: „Nur noch eine Frage, meine Herren. Meine Zeit ist um."

Und die letzte Frage lautete: „Wird Herr Karner seine Bedingungen ändern? Ist in absehbarer Zeit auch mit einer Belieferung des Auslandes zu rechnen?"

Hallenbach antwortete fest: „Nein! Karners Wort gilt für immer. Daran wird sich nichts ändern."

Rücksichtslos war es ausgesprochen, und alle, die den blonden Riesen ansahen, wußten, daß er so fest und unerschütterlich war wie der Herr der Karnerwerke selber.

* * *

Am andern Tag traf Wladimir Michailoff ein.

Hallenbach hieß ihn herzlich willkommen und dankte ihm für das, was er zusammen mit seinem Bruder geleistet hatte.

Lange währte die Unterredung, in deren Verlaufe sie einander austauschten, was sie in der Zwischenzeit erlebt hatten.

Maximilian Michailoff aber befand sich immer noch gefangen an Bord des Panzerkreuzers „Queen Elisabeth."

Dieser Umstand beunruhigte Hallenbach sehr, aber Wladimir war ohne Sorge um den Bruder.

„Maximilian wird uns nicht grollen, wenn er noch einige Wochen auf der Queen bleiben muß. Ich bin fest überzeugt, daß England Maximilian freigibt. Schlecht behandeln wird man ihn bestimmt nicht."

Sie einigten sich daraufhin, zu warten.

11.

Seit dem Wiedererscheinen waren vier Wochen vergangen.

Am 15. August überreichte der englische Gesandte Ramsay im Auftrage seiner Regierung eine Gemeinschaftsnote der englischen, französischen, italienischen und spanischen Regierung.

Man wies in dieser ziemlich scharf gehaltenen Note darauf hin, welche Gefahren der Weltwirtschaft durch Karners Erfindung und eine einseitige Anwendung auf Deutschland allein drohten und fragte bei der deutschen Regierung an, ob sie gewillt sei, für die alliierten Mächte ein Abkommen mit Herrn Karner zu treffen. In einer Ablehnung müßten die alliierten Mächte eine unfreundliche Handlung erblicken, die geeignet sei, die alliierten Mächte zu Maßnahmen zu zwingen, deren Auswirkung in wirtschaftlicher Hinsicht für Deutschland bedeutend würde.

Die Note erweckte stürmischen Protest bei der Regierung und im deutschen Volke.

Man verlangte eine glatte Zurückweisung der Note.

Der Ministerrat trat zusammen, debattierte endlos. Es wurden Besprechungen mit Wirtschaftsführern gepflogen, der Reichsrat und der Reichstag beschäftigten sich damit . . . und es kam nicht zu der verlangten scharfen Ablehnung.

Man teilte den alliierten Regierungen mit, daß man gewillt sei, für sie mit Herrn Karner Verhandlungen zu pflegen.

* * *

Am Tage nach der Reichstagsdebatte über die Note bat Karner Hallenbach zu sich.

Er saß in dem hohen Lehnsessel, noch immer bleich und krank, aber das Mumienhafte in seinem Aussehen war gewichen. Schon ähnelte er dem gesunden Karner wieder.

Auch das Sprechen fiel ihm leichter. Nur leiser war seine Stimme.

„Es geht mir besser, Herr Hallenbach! Hoffentlich bin ich bald wieder auf den Beinen."

„Schonen Sie sich recht, Herr Karner!" bat Hallenbach. „Werden Sie erst richtig gesund, ehe Sie die Arbeit wieder aufnehmen."

„Gewiß will ich das, lieber Freund!" lächelte Karner. „Aber zu lange darf das nicht mehr dauern, sonst werden Sie mir krank. Man sieht Ihnen an, daß Sie von der Last der Arbeit strapaziert sind."

Hallenbach war darob förmlich erschrocken.

„Ich bin's aber nicht!" sagte er. „Sie irren bestimmt. Ich fühle mich jetzt sehr wohl. Mich haben nur die Ereignisse der letzten Zeit, Ihr Verschwinden, Ihre Krankheit sehr mitgenommen. Aber jetzt kann ich wieder Berge einreißen."

Karner sah ihn dankbar an und sagte dann: „Ich wollte von Ihnen nur einen Bericht über die Lage haben."

„Herr Karner . . .," bat Hallenbach.

„Ich weiß schon, lieber Freund! Ich soll mich schonen. Ich will es ja auch, aber mein Kopf kann arbeiten."

„Im Werk ist alles seinen Gang gegangen. Wir hatten keine Stockungen."

Karner wehrte mit einem Blick ab. „Nicht vom Werk! Da kenne ich Sie zu gut, und ich weiß, daß alles restlos geklappt hat. Von draußen sollen Sie mir erzählen."

„Von draußen!" Hallenbach war es sichtlich unangenehm, davon sprechen zu müssen. „Draußen sieht es . . . nicht so günstig aus. Die deutsche Regierung hat eine scharfe Note der alliierten Mächte erhalten, die gewissermaßen von ihr verlangt, sie solle dafür sorgen, daß die alliierten Staaten Ihren Strom erhalten."

„Und?"

„Die deutsche Regierung hat sich bereiterklärt, die Verhandlungen zu führen. Ich rechne damit, daß wir bald Bevollmächtigte der deutschen Regierung hier haben werden."

„Man wird Sie nach Berlin bitten, lieber Hallenbach. Aber . "

„Ich weiß, Herr Karner. Wer was von uns will, der soll zu uns kommen."

„Das können wir verlangen und werden es tun."

Karner schwieg und schien in Gedanken. Schließlich sagte er tiefaufatmend: „Die Entscheidung wird rascher kommen als wir ahnen. Ach, wenn man in das Herz des Volkes sehen könnte."

Hallenbach pflichtete ihm bei.

„Wie hatte unsere Arbeiterschaft das . . . Erlebnis aufgenommen?"

„Furchtbar hat sie es erregt, und es kostete alle Mühe, sie am nächsten Tage wieder zur Arbeit zu bringen. Alle waren entsetzt, als die unbekannte Kraft mit einem Male zu wirken begann."

„Wer könnte das besser verstehen, als ich selbst! Heute, Herr Hallenbach, will ich Ihnen ein Geheimnis anvertrauen. Ich will Ihnen sagen . . . was für eine Kraft das ist."

Hallenbach saß starr. Er fühlte, wie ihn heftige Erregung packte, spürte, wie sein Blut rascher floß.

Karner begann wieder: „Ich hole keine Kraft aus der Erde, Herr Hallenbach. Ich sammle keine Erdelektrizität. Damit habe ich Sie und alle getäuscht. Ich könnte die Erdelektrizität sammeln, aber es würde kostspieliger sein als das Verfahren der früheren Elektrizitätsgewinnung. Die Kraft . . . die ich gewinne und in Strom umwandle, ist . . . Atomkraft."

Hallenbach beugte sich weit vor. Die Eröffnung Karners nahm ihm fast den Atem.

Atomkraft!

Stimsons Ankunft in Genf

Der amerikanische Staatssekretär Stimson (mit Regenschirm) trifft mit dem amerikanischen Botschafter in Belgien, Gibson (rechts neben ihm), in Genf ein